

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
6. August 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Frauen, auf zur Wahl! Von Fr. Kleis. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. V. Von Anna Bloß. — Stann die Würde der Hausfrau erleichtert werden? II. Von Th. L. — Von der jüdischen Arbeiterinnenbewegung in Rußland. Von A. L. — Der Budapestter Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht. (Schluß.) Von e. r. — Das elegante Badelostim. Von F. Linke.  
Aus der Bewegung: Friedrich Ziesch und Karl Weiser f. — Jahresbericht der Genossinnen des achten sächsischen Wahlkreises. — Jahresbericht der Genossinnen von Hamburg. — Die zweite Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Erfurt. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Mahnung. Von L. K.  
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

## Frauen, auf zur Wahl!

Der deutschen Arbeiterschaft stehen in den nächsten Monaten sehr wichtige Wahlen bevor. Und zwar Wahlen, bei denen die Frauen, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, vollständig die gleichen Rechte haben wie die Männer. Es ist nämlich die gesamte Vertretung der Versicherten in allen Organen der Reichsversicherung neu zu wählen.

Die Reichsversicherungsordnung hat die Rechte der Frauen bei der Durchführung der sozialen Versicherung erweitert. Ehe sie in Kraft trat, waren die Krankenkassen die einzigen öffentlichen Körperschaften, bei denen die Frauen das gleiche Verwaltungsrecht wie die Männer besaßen. Die Reichsversicherungsordnung unterscheidet nunmehr zwischen der Beteiligung an der Verwaltung der Versicherungsträger — Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten — und der Mitwirkung bei den neuen Versicherungsämtern. Die Beteiligung ersterer Art ist den Frauen unbeschränkt zuerkannt worden, und es besteht zwischen ihrem Recht und dem der Männer kein Unterschied mehr. Die Frauen wählen nicht bloß, sie können auch gewählt werden. Nach § 12 der Reichsversicherungsordnung sind „wählbar zu den Organen der Versicherungsträger volljährige Deutsche“, wozu natürlich auch die Frauen gehören. Das gilt nicht nur für die Besetzung aller Ehrenämter, sondern auch für die Übertragung berufsmäßig ausgeübter oder besoldeter Posten.

In der Krankenversicherung kommen in Frage die Ämter als Mitglied des Ausschusses — wie in Zukunft die seitherige Generalversammlung heißt — und als Mitglied des Vorstandes. Es besteht auch kein gesetzliches Hindernis, eine Frau als Rassenvorsitzende zu wählen. Das Gesetz hat grundsätzlich festgelegt, daß die Unfallversicherung nur von den Unternehmern verwaltet wird. Es steht diesen frei, auch Frauen zu ihrer Vertretung in die Berufsgenossenschaftsversammlung und den Genossenschaftsvorstand zu wählen. Nach § 853 der Reichsversicherungsordnung haben die

Vertreter der Versicherten nur bei der Aufstellung von Unfallverhütungsvorschriften mitzusprechen. Die Vertreter der Arbeiter müssen zu diesem Zwecke in gleicher Zahl wie die Vertreter der Unternehmer herangezogen werden. Die Frauen sind dabei gleichberechtigt. In der Invalidenversicherung sind die Ausschüsse und die Vorstände die Organe der Landesversicherungsanstalten. Die ersteren bestehen aus der gleichen Zahl Vertreter der Unternehmer und Vertreter der Versicherten, sie wählen sich ihren Vorsitzenden selbst, und die Reichsversicherungsordnung schließt die Wahl einer Frau als Ausschuhmitglied und als Ausschuhvorsitzende nicht aus. Der Vorstand der Versicherungsanstalt setzt sich aus gleichzähligen Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten und einer beliebigen Zahl von Regierungsbeamten zusammen, der Vorsitzende ist stets ein solcher Beamter. Als Vorstandsmitglieder ersterer Art können ebenfalls Frauen gewählt werden. Die Streitfrage ist zurzeit ziemlich müßig, ob die Behörden als Regierungsvertreter auch Frauen berufen können. Denn selbst wenn es zulässig wäre, würde es doch unter der Herrschaft von Pöppel und Schwert nicht geschehen.

Die Erweiterung der Frauenrechte hat jedoch Halt gemacht vor den Versicherungsbehörden. Bei den — unteren — Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern, Landesversicherungsämtern und bei dem Reichsversicherungsamt wirken zwar auch Vertreter der Unternehmer und Versicherten in gleicher Zahl mit, allein die Reichsversicherungsordnung bestimmt ausdrücklich, daß für diese Posten nur Männer wählbar sind. Alle Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, auch hierbei den Frauen die Gleichberechtigung zu erkämpfen, scheiterten an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien, die auf keinen Fall die Frau zur Rechtssprechung berufen sehen wollten.

Das Vertretersystem in der Reichsversicherung ist äußerst kompliziert. Die Grundlage davon bildet die Wahl der Vertreter zum Ausschuh der Krankenkassen. Diese Vertreter im Ausschuh wählen die Vorstandsmitglieder der Kassen, diese wählen ihrerseits die Vertreter bei den Versicherungsämtern, diese wiederum die Versichertenvertreter in den Ausschüssen der (Invaliden-)Landesversicherungsanstalten und die Vertreter zu den Oberversicherungsämtern, die letzteren allein wählen die Versichertenvertreter bei den Landesversicherungsämtern und bei dem Reichsversicherungsamt. Die Vertreter im Ausschuh der Landesversicherungsanstalten wählen ihrerseits die nicht beamteten Vorstandsmitglieder dieser Körperschaften und die Arbeiterbeisitzer für die Beratung der Unfallverhütungsvorschriften bei den Berufsgenossenschaften.

Die Wahlen zum neuen Ausschuh der Krankenkassen sollen nach den einschlägigen behördlichen Verfügungen zuerst stattfinden, und zwar spätestens im Oktober. In einigen Orten sind jedoch die Wahlen schon für den August ausgeschrieben worden. Die Neuwahlen sollen den der Versicherung neu unterstellten Personen Gelegenheit geben, sich zu beteiligen, ihren Einfluß auf die Zusammenfassung der Ausschüsse geltend zu machen. Vor allem kommen da die Dienstboten,

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter- u. Arbeiterinnen-Verb. sind.

Hausgewerbetreibende usw. in Betracht. Die Wahlen der Vorstandsmitglieder der Krankenkassen sollen spätestens in der ersten Hälfte des November erfolgen, die der Vertreter bei den unteren Versicherungsämtern spätestens in der zweiten Hälfte des November. Es werden sich dann schnell die übrigen oben aufgeführten Wahlen anschließen müssen. Geht doch selbst die Amtsdauer der gegenwärtigen Vertreter beim Reichsversicherungsamt nur bis zum 31. Dezember 1913. Sollen auch sie noch rechtzeitig gewählt werden, so müßten die Wahlen in überstürztem Tempo erfolgen.

Seither haben sich die Frauen an den Krankenkassenwahlen leider nur in geringem Umfang beteiligt. Aus diesem Umstand haben Gegner der Frauenrechte den Schluß gezogen, daß die Frauen mit ihren Rechten bei der Durchführung der Krankenversicherung nichts anzufangen wüßten, es habe daher auch keinen Zweck, diese Rechte auf die anderen Versicherungszweige auszudehnen. Die Frauen müssen beweisen, daß das nicht stimmt: ihre Beteiligung an den Wahlen muß eine reale sein.

Erstens haben die Frauen selbst ein großes materielles Interesse daran, bei der Durchführung der sozialen Versicherung in umfassendem Maße mitzuwirken. Die einzelnen Versicherungszweige lassen eine mannigfache Ausgestaltung der Leistungen durch die Versicherungsträger zu. Das ist namentlich bei der Krankenversicherung der Fall. Es sei besonders an die Mutterschaftsfürsorge erinnert. Die von dem Gesetz vorgesehenen Mindestleistungen dafür sind äußerst kärglich, die einzelnen Krankenkassen können sie jedoch erheblich steigern und vervollständigen. Das ist bei manchen anderen Leistungen der Versicherung noch der Fall. Auch in der Invalidenversicherung ist vieles ausgestaltungsfähig. So steht den Frauen ein großes Arbeitsfeld offen, manches kann besser werden, wenn sie sich ihrer Aufgabe voll bewusst sind und ihr Recht zielklar ausüben. Bei Unterstützungseinrichtungen, die ihre eigenen Interessen betreffen, wissen sie besser, was not tut, als die Männer.

Zweitens müssen die Frauen bei den Wahlen gemeinsam mit den Männern die allgemeinen proletarischen Interessen verteidigen. Es sei darauf verwiesen, daß laut § 15 der Reichsversicherungsordnung die Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältnisverfahrens stattzufinden haben. Dort, wo mehrere Vorschlagslisten zur Wahl stehen, wie zum Beispiel bei den großen Ortskrankenkassen, muß dieses Wahlverfahren die Wahlbeteiligung ungemein beleben. Bei den seitherigen Wahlen auf Grund des Mehrheitsprinzips verhalf die bloße Stimmenmehrheit einer Liste zum Siege. Nun aber kommt es darauf an, daß eine Liste recht viele Stimmen erhält, denn nur dann wird eine große Zahl der gewählten Vertreter auf ihre Kandidaten entfallen.

Schließlich können auch auf anderen Gebieten Rechte für das weibliche Geschlecht nur erkämpft werden, wenn die Frauen zeigen, daß sie die öffentlichen Rechte zu gebrauchen wissen, die sie bereits besitzen. Der Gebrauch von Rechten ist eine Voraussetzung wie Bürgerschaft für die Erweiterung von Rechten. Die soziale Versicherung muß ein Feld der Betätigung werden, auf dem die Frauen erweisen, daß sie reif für die Beteiligung am öffentlichen Leben sind. Deshalb auf, Proletarierinnen, zu den Vertreterwahlen! Fr. Klees.

## Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

V.

Die Frau in der Schulbehörde. — Schulspeisung und Schulheime.

Schiller schrieb einmal: „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und sich satt gegessen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.“ Unendlich viele Kinder besuchen aber die Volksschule, die weder die Wohlthat einer

warmen Wohnung noch das behagliche Gefühl, satt zu sein, jemals kennen lernten. Aufgabe der Schulgesundheitspflege ist es, auch da einzugreifen. Denn man kann von frierenden, hungernden Kindern unmöglich erwarten, daß ihr Geist aufnahmefähig ist, daß sie die erforderliche Frische besitzen, um den Aufgaben auch nur einigermaßen gewachsen zu sein, die die Schule an sie stellt. Die Gemeinden machen es sich bequem und überlassen am liebsten den Wohltätigkeitsvereinen die Sorge für diese armen Kinder, wir haben immer noch erst vereinzelt Schulspeisung und Schulhorte. Das Deutsche Reich, das 1594 Millionen Mark für Heer und Marine im Jahr ausgibt und künftig noch viel mehr dafür ausgeben wird, nachdem die Wehrvorlage Gesetz geworden ist, hat für die Volksschulen nur 522,9 Millionen Mark übrig. Damit läßt sich nicht viel anfangen, und in den Sitzungen der Gemeinderäte kommt es schon bei der Forderung des Milchfrühstücks zu erregten Debatten, wie viel mehr noch bei jedem etwas weitergehenden Verlangen. Dabei hat die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Preußen 1908 festgestellt, daß im Winter 22 000, im Sommer 36 000 Kinder kein Frühstück erhielten. In Berlin allein müssen 14 000 Kinder morgens ohne Frühstück in die Schule gehen. Nach der Umfrage der Zentralstelle für Volkswohlfahrt erhalten im Winter 179 000 Kinder mittags nur einen kalten Imbiß, im Sommer etwa 113 000. Kein Abendessen bekamen im Winter etwa 13 000, im Sommer 22 000 Kinder. Der Verein Berliner Kindervolksschulen hat im Dezember 1912 in 17 Küchen täglich gegen 9000 Kinder gespeist. Die Berliner Gemeindeschulen werden von etwa 225 000 Kindern besucht, von denen im Winter 3 1/2 Prozent, im Sommer 2 Prozent die Speisung in Anspruch nehmen. Ganz arme Kinder erhalten die Mahlzeit unentgeltlich, weniger bedürftige bezahlen 10 Pf. Die Stadt Berlin steuert den lächerlichen Betrag von 17 000 Mk. bei. Im übrigen ist dieser Verein wie so viele andere leider für seine Mittel nur auf die Wohltätigkeit angewiesen. Dem Vorsitzenden des Vereins gegenüber aber behauptete der Stadtkämmerer Maas: „Es gibt überhaupt keine Not in Berlin; Sie machen sie erst mit Ihren Bestrebungen.“ Ähnliche Ansichten herrschen auch in anderen Städten. Im Jahre 1911 hatten nach Kühle erst 201 Städte mit über 10 000 Einwohnern Speiseeinrichtungen für Volksschulkinder. In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern erhielten nur 5,4 Prozent der Kinder eine Speisung; in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 10 Prozent, in den anderen 6,1 bis 8,7 Prozent. In 72 Prozent der Städte sind diese Einrichtungen private Organisationen, nur 28 Prozent der städtischen Behörden sind selbstständig vorgegangen. Nicht mehr als 32 Städte verabreichten erstes oder zweites Frühstück oder auch Mittagessen das ganze Jahr hindurch; bei 28 Prozent dauerte die Speisung nur drei bis vier Monate. Von zahlungsfähigen Eltern wird in 22 Orten ein Ersatz der Kosten verlangt. In 54 Städten verabreicht man zu Anfang des Unterrichts an einen Teil der Schulkinder Milch und Brot. Für die bedürftigen Kinder gibt es in 86 Städten ein Mittagessen.

Es ist mit Händen zu greifen, wie unzureichend diese Einrichtungen angesichts des bestehenden Elends sind. Es ist unsere Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Schulspeisung überall eingeführt wird und daß die Gemeinden die Kosten vollständig übernehmen. Dadurch wird dieser Einrichtung der Stempel einer Wohlthat genommen, die anzunehmen vielen drückend ist. Wir müssen dann aber auch der Ansicht entgegenreten, die mir so oft bei den Eltern auffiel, als ob die Leistungen der Stadt für die Volksschulkinder ebenfalls als Wohlthat anzusehen wären. Man sieht es für selbstverständlich an, daß die Straßen vor unseren Wohnungen von der Gemeinde beleuchtet werden. Wie viel selbstverständlicher ist es jedoch eigentlich, daß diese es übernimmt, für die Kinder zu sorgen, deren Eltern nicht in der Lage sind, sie zu sättigen. Denn wenn sich die bessere Natur in den Kindern regen soll, müssen sie eben satt sein, und nur dann werden sie kräftige,

gesunde Menschen, deren Leistungen zum Nutzen der Gemeinde und des Staates ausgebildet werden können. Die Schulversäumnisse der Kinder, die Unaufmerksamkeit, das schlechte Lernen sind zum großen Teil auf die häuslichen Verhältnisse zurückzuführen. Von ebenso großem Einfluß wie die Unterernährung sind da der mutterlose Haushalt und die Wohnungsmisere. Nach einer mir vorliegenden Statistik führten in Berlin von 2193 verheirateten Frauen, die in der Fabrik arbeiteten, 11,8 Prozent überhaupt keinen Haushalt. Von 62 Prozent wurde die Hauptmahlzeit abends genossen. Und wie wurden die Kinder dieser Frauen versorgt? 31 Prozent von ihnen waren älteren Verwandten anvertraut; zu verwandten Familien wurden 21 Prozent geschickt. 11 Prozent waren fremden Leuten und 7 Prozent Spielschulen übergeben, während 30 Prozent sich selbst überlassen blieben. Ein Schularztbericht aus Magdeburg lautet: „Von 700 Volksschülern schliefen 20 Prozent zu vier, 12 Prozent zu fünf, 7 Prozent zu sechs, 3 Prozent zu sieben, 0,6 Prozent (vier Schüler) zu acht und 0,3 Prozent (zwei Schüler) gar zu neun in einem Raum. Nur 205 = 29 Prozent Knaben hatten ein eigenes Bett, 3,3 Prozent schliefen zu dritt, ein Junge sogar mit noch drei anderen zusammen. Von den 495 Kindern, die nicht allein schliefen, teilten 283 ihre Lagerstätte mit dem Bruder, 85 mit dem Vater, 72 mit der Schwester, 52 mit der Mutter.“ Diese Zahlen übertreffen noch die Bernhardschen Daten für Berlin. Dort hatten nämlich 33 Prozent der Kinder ein eigenes Bett, 63 Prozent schliefen zu zweit und „nur“ 0,4 Prozent zu dritt. „Nur ein eigenes Bett oder wenigstens ein Sofa, auf dem ich allein schlafen darf,“ das war der Wunsch, den ich immer wieder fand, als ich die Aufsätze einer Volksschulklasse durchsah, in denen die Kinder ihre größten Wünsche ausdrücken sollten. Das eigene Bett, wie selbstverständlich erscheint es den Kindern der besitzenden Klassen, und welch unerreichbarer Luxus ist es für so viele Kinder des Proletariats! Wir hören so viele Klagen über die Verrohung der Kinder, über die Zunahme der Verbrechen unter den Jugendlichen. Besserungsanstalten werden eingerichtet, Rettungshäuser werden gebaut. Warum setzt man nicht da ein, wo des Übels Wurzel liegt? All die Kinder, die in überfüllten Wohnungen leben müssen, wie viel sehen und hören sie, was ihnen besser fremd bliebe. In Berlin gibt es 600 000 Menschen, die einen Raum mit mehr als sechs Personen teilen müssen. In Stuttgart teilen 1535 Menschen einen Raum mit sechs bis neun anderen, 107 Menschen sogar einen Raum mit mehr als zehn Personen! Die ungeheuren Wohnungspreise zwingen die Armen, Schlafgänger aufzunehmen, deren Einfluß auf ihre Kinder unheilvoll sein kann.

Unendlich viel körperlichen und sittlichen Gefahren sind auch die Kinder ausgesetzt, die sich in ihrer freien Zeit auf der Straße aufhalten müssen, weil ihre Eltern auf Arbeit sind oder weil ihr Heim überfüllt ist. In den 25 Berliner Kinderhorten finden sich täglich gegen 1800 Kinder ein. Alles das sind Kinder, deren Eltern außer dem Haus arbeiten oder durch Seimarbeit behindert sind, ihre Kleinen bei den Schulaufgaben zu beaufsichtigen und sie davon zurückzuhalten, daß sie sich auf den Straßen herumtreiben. Neben den Schulaufgaben machen die Kinder in den Horten allerhand praktische, häusliche oder wirtschaftliche Arbeiten. Man liest ihnen vor, führt sie im Sommer auf Spielplätze und versorgt die Armen mit Kleidern und Speisen. Die Durchschnittszahl der Zöglinge betrug 1912 bei den Stuttgarter Knabenhorten 836, bei den Mädchenhorten 224. Aber die Zahl der Zöglinge aus den oberen Schuljahren geht fortgesetzt zurück. Die Ursache erblickt der Schulrat in der mehr als früher üblichen Heranziehung der schulpflichtigen Kinder zum Gelderwerb. Die traurige Tatsache tritt hier also deutlich zutage, daß trotz des Kinderschutzgesetzes die Kinder mehr als früher zur Erwerbsarbeit herangezogen werden. Es ist das wohl eine Folge der teuren Zeiten. In dem Bericht aus Stuttgart heißt es weiter: „Im äußeren Auftreten der Zöglinge lassen die Kleidung, besonders das Schuhwerk oft

sehr zu wünschen übrig.“ Mir selbst ist es vorgekommen, daß ein Junge nicht zur schulärztlichen Untersuchung gehen wollte, weil er sich schämte, zu zeigen, daß er kein Hemd besaß. In Berlin gingen gerade die schmutzigsten Schüler nicht zum Baden, weil sie sich schänten, die Mängel ihrer Leibwäsche sehen zu lassen. Nach Quard sind in Thüringen und Oberfranken die Landschulen angewiesen, trockene Fußbekleidung für Schüler auf „Armenkosten“ bereitzustellen, und in Hamburg versagte der Senat die staatliche Subvention zur Gewährung von Schuhwerk für schulpflichtige Kinder, weil „die Scheu vor der Armenpflege für viele Personen einen starken Anreiz bilde, die Verührung mit der Armenpflege durch Verwertung der eigenen Arbeitskraft möglichst zu vermeiden.“ Den Einwand, daß durch Schulheime und Schulspeisung Faulheit und Interesselosigkeit der Eltern befördert und der Familiensinn der Kinder zerstört werde, bekommen wir ja oft genug zu hören. Tatsachen beweisen, daß der Familiensinn nicht erst zerstört zu werden braucht, da die Familie des Arbeiters längst durch die Ausbeutung des Kapitalismus zerstört wird. Tatsachen beweisen, daß unzählige Eltern nicht imstande sind, so für ihre Kinder zu sorgen, wie es für deren körperliches und geistiges Wohl notwendig ist. Ich habe dafür nur einige Beispiele vorgeführt, die sich unendlich vermehren ließen. Aus der Lage der Dinge ergibt sich, daß die Sorge für die unter ihr leidenden Kinder von der Gemeinde übernommen werden muß und daß es unsere Aufgabe ist, immer mehr dahin zu wirken, daß durch Schulheime und Schulspeisung den Kindern Ersatz geschaffen wird für alles, was ihnen das Elternhaus nicht geben kann.

## Kann die Bürde der Hausfrau erleichtert werden?

### II.

Ein anderer Ausblick eröffnet sich, wenn wir den veralteten Kleinbetrieb des Einzelhaushaltes mit seiner zeit- und kraftverschwendenden Arbeitsweise, seinen unvollkommenen Arbeitsmitteln und dem Fehlen vernünftiger Organisation nicht als unabänderlich betrachten, wenn wir die Frage vom Standpunkt eines planmäßigen, genossenschaftlichen Zusammenarbeitens verfügbarer Arbeitskräfte ins Auge fassen. Die einzelne Frau ist allerdings nicht imstande, den vielen widerstreitenden Aufgaben der Familie gerecht zu werden, wohl aber können zehn Arbeitskräfte gemeinsam die Bedürfnisse von zehn Familien in vollkommener Weise befriedigen. Ein bis zwei Köchinnen können mit Hilfe der vielerlei wunderbaren Maschinen, die schon heute in Großbetrieben eingeführt sind, die Nahrung für zehn Familien, für Große und Kleine, für Gesunde und Kranke bereiten. Durch Beschaffung der Lebensmittel und des Brennmaterials im großen würde dabei das fertig zubereitete Essen noch billiger sein als heute das bloße Material im Einzelhaushalt, die Ersparnis an Küchenräumen und -einrichtungen sei nur nebenbei erwähnt. In einem modern eingerichteten Waschküchen mit Maschinenbetrieb würden zwei Arbeitskräfte genügen, um die Wäsche von zehn Familien zu reinigen und zu bügeln. Eine Wärterin kann mehrere Säuglinge bewachen und pflegen, eine Kindergärtnerin oder zwei vermögen die Kinderschar von zehn Familien spielend zu beschäftigen, ein bis zwei Erzieherinnen oder Erzieher die größeren Kinder bei Arbeit, Sport und Wanderungen zu begleiten und zu beaufsichtigen. So würde der gemeinsame Betrieb unter Ausnutzung aller technischen Fortschritte und einer zweckmäßigen Arbeitsteilung die Lebenshaltung steigern und allen Kindern eine gute Pflege und Erziehung sichern. Wir wissen, daß dies keine schönen, aber leeren Phantastereien sind, Ansätze zu solcher Umgestaltung zeigen sich deutlich. Die wirtschaftliche Entwicklung geht in dieser Richtung vorwärts. Sie bereitet eine Organisation der Gesellschaft auf neuer Grundlage vor. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktions-

mitteln wird auch den Haushalt umwälzen, wird den letzten Überresten der zverghaften Gütererzeugung in ihm ein Ende bereiten und ihm alle technischen Errungenschaften nutzbar machen, kurz sie wird ebenfalls in dieser Beziehung zu einer planvollen Regelung der Wirtschaft führen. Die gesellschaftliche Entwicklung weist auch der Allgemeinheit, weist öffentlichen Einrichtungen einen immer größeren Anteil an der Pflege und Erziehung der Kinder zu.

Es fragt sich aber, ob nicht heute schon manches geschehen kann, was in dieser Richtung der sich anzeigenden Entwicklung liegt. Die Antwort darauf ist für wachsende Scharen von Proletariern wichtig. Zahllose ledige Arbeiter beider Geschlechter gehen fern von der Heimat ihrem Broterwerb nach. Für sie gibt es heute keinen Haushalt mehr, Schlafstellen und Schankwirtschaften sind ihr Heim. Vier Millionen verheirateter oder verheiratet gewesener, verwitweter oder geschiedener Frauen sind berufstätig. Das bedeutet vier Millionen zerrütteter Haushaltungen und mindestens zwölf Millionen Kinder, denen es an jeglicher Pflege und Erziehung fehlt. Denn unsere „göttliche“ Weltordnung will es ja, daß gerade diejenigen Frauen zum Verdienen aus dem Hause getrieben werden, die für eine zahlreiche Kinderschar dort doppelt nötig wären. Eine wachsende körperliche Degeneration der Proletarierkinder, eine anschwellende Zahl der jugendlichen Verbrecher sind jedenfalls mit als Folgen dieser Auslösung der Familie anzusprechen, Folgen, die die herrschende Gesellschaft zu erschrecken beginnen. Was aber tut diese herrschende Gesellschaft gegen die fürchtbaren Erscheinungen? Der Staat hat das Fürsorgegesetz erlassen. Kinder, deren Verwahrlosung sich schon in einer verbrecherischen Handlung bemerkbar machte, werden danach viel zu spät einer Erziehung überwiesen, die recht oft von Fürsorge nichts erkennen läßt, sondern die Verwahrlosung nur vollendet. Wohltätige Vereine veranstalten Schülerspeisungen und errichten Krippen und Kinderhorte. Abgesehen davon, daß die private Wohltätigkeit Hunderten als Gnade gewährt, worauf Millionen ein Recht haben, hilft sie obendrein in einer Weise, die die Proletarier unbedingt verwerfen müssen. Der Arbeiterin steht nicht das Recht zu, ihre Kinder einer dieser wohltätigen Anstalten zu übergeben, sie muß sich die Aufnahme durch demütigende Bittgänge bei fremden Damen erbetteln, ihre Not bloßstellen und Bedürftigkeit und „Würdigkeit“ nachweisen. Sie hat keinen Einfluß auf den Geist, in dem diese Anstalten geleitet werden, keinen Einfluß auf die Wahl der Personen, denen sie ihre Kleinen anvertrauen muß.

Darum muß die Kraft der organisierten Arbeiterklasse auch dafür eingesetzt werden, daß die Gesellschaft Einrichtungen schafft, die in ausreichender und würdiger Weise Ersatz für die Funktionen des Einzelhaushaltes bieten. Die Frauen, denen die Mitarbeit in den Parlamenten und Gemeindevertretungen verlagert ist, müssen die männlichen Vertreter ihrer Klasse in dieser Richtung anfeuern und vorwärts drängen. Wie unsere Abgeordneten in den Parlamenten für immer weitergehenden Arbeiterinnenschutz, für ausreichende Witwen- und Waisenversorgung und für eine Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge eintreten, so müssen unsere Vertreter in den Gemeinden mehr und nachdrücklicher noch als bisher städtische Bedingehäuser, städtische Krippen und Kindergärten, Schülerspeisungen und alle jene Einrichtungen fordern, die den Kindern für die schulfreie Zeit den Aufenthalt in gesunden Räumen, liebevolle und verständige Überwachung und Beratung bei Spiel, Arbeit, Spaziergang usw. sichern, kurz Einrichtungen, die in vollkommener Weise für die leibliche und geistig-sittliche Pflege und Erziehung des Nachwuchses leisten, was heute Millionen von Familien nicht mehr leisten können. Noch andere Aufgaben drängt das Vergehen und Werden der gesellschaftlichen Dinge den sozialdemokratischen Gemeindevertretern auf. Kanalisation, Abfuhr, Wasserleitung sollten gerade in Arbeitervierteln und Industrieorten allen Anforderungen der Hygiene entsprechen und auch im Hinblick auf Zeit- und Krafterspar-

nis der Hausfrauen eingerichtet sein. Vielerorts könnte die Gemeinde ohne erheblichen Kostenaufwand automatisch funktionierende Abgabestellen von heißem Wasser einrichten. Sie müßte bei der Gewährung von Baukonzessionen darauf bestehen, daß auch den Arbeiterwohnungen in vollem Maße alle jene Einrichtungen für Wasserzufuhr, Licht, Heizung, Reinigung usw. nutzbar gemacht werden, die die moderne Technik ermöglicht und die die Wirtschaftsführung wesentlich vereinfachen und erleichtern und das Heim behaglicher gestalten helfen. Wieviel Zeit und Kraft könnte nicht die Arbeiterfrau auf Kinderpflege und ihre eigene Bildung verwenden, wenn ihrer Wohnung kaltes und warmes Wasser zugeleitet würde, wenn diese mit elektrischem Lichte oder wenigstens mit Gas versehen wäre und womöglich Zentralheizung hätte. Besonders wichtig ist auch die Errichtung kommunaler Wasch-, Trocken- und Bügelanstalten, die mit den neuesten Maschinen und Einrichtungen ausgestattet zum Selbstkostenpreis beziehungsweise auch unentgeltlich den Hausfrauen offenstünden. Sie könnten oft in Verbindung mit den öffentlichen Badeanstalten errichtet werden. Auf der Grundlage der fortschrittlichen Technik unserer Zeit sind noch viele Neuerungen denkbar, durch welche die Gemeinde die häuslichen Einrichtungen vermindern und erleichtern könnte.

Leider ist die politische Macht der Arbeiterklasse dank der ungerechten Wahlssysteme in den meisten Einzelstaaten und Gemeinden noch so schwach, daß die Kommunen nur langsam und unvollkommen unseren Forderungen nachgeben. Dagegen besitzt das Proletariat in den Genossenschaftsorganisationen, die machtvoll ausblühen und unabhängig genug sind, um sich an die Lösung der wichtigen Aufgabe zu wagen, eine bessere Organisation der Lebenshaltung anzubahnen. Die Konsumgenossenschaften haben sich in kurzer Zeit zu mächtigen Gebilden entwickelt. Sie haben eine Mitgliederzahl von Hunderttausenden und einen Umsatz von Millionen. Sie könnten die Wirtschaftsführung erleichtern, wenn sie vorgekochte trockene und grüne Gemüse, Kartoffeln, Obst liefern würden. Doch sie können mehr tun. In allen Großstädten haben die Konsumvereine in jedem Stadtviertel Verkaufsstellen. Könnten sie nicht ebensogut allmählich in jedem Stadtteil ein genossenschaftliches Speisehaus errichten? Ein solches Speisehaus würde sich rentieren wie jede private Gastwirtschaft, ebenso ein damit verbundenes Bedingehaus. Die Räume des Speisehauses könnten tagsüber Kindern zum Aufenthalt dienen, deren Eltern berufstätig sind usw. Entsprechend der Zahl der Kinder wären beruflich gebildete pflegende und erziehende Kräfte für den ganzen Tag beziehungsweise für die schulfreien Nachmittagsstunden zu besolden. Die dazu erforderlichen Geldmittel könnten zum Teil durch Überschüsse aus dem Gasthausbetrieb, zum Teil durch kleine Beiträge der Eltern aufgebracht werden, sogar wohltätige Anstalten erheben ja heute schon solche Beiträge. Schwieriger wäre die Versorgung der Säuglinge in Abwesenheit der Mütter. Aber auch hier ließe sich Hilfe schaffen, indem man in den genossenschaftlichen Betrieben selbst Mütter von Säuglingen als Arbeitskräfte bevorzugte und ihnen Gelegenheit gäbe, ihre Kinder zwischen der Arbeit zu nähren und zu versorgen. So würden diese genossenschaftlichen Speisehäuser in einfachster Form wenigstens der dringendsten Not nicht weniger abhelfen können. Manche zum Erwerb gezwungene Mutter könnte ohne bange Sorge um ihre Kleinen zur Arbeit gehen. Sie fände zur Mittags- und Abendzeit ein warmes Mahl im geheizten Raume, sie träte ihre Kinder vergnügt und unverseht an und dürfte mit ihnen ihre Mittagspause in Ruhe genießen. Noch eine andere Neuerung könnten die Genossenschaften einführen. In einer Zentralfstelle, etwa in der genossenschaftlichen Bäckerei, könnte im großen ein Mittagsmahl bereitet werden, wie es den Gewohnheiten und dem Geldbeutel der Arbeiterklasse entspricht. Das fertige Essen würde entweder in Speisekälen an den verschiedenen Ausgabestellen verzehrt oder dort portionsweise abgeholt.

In vollkommenerer und erweiterter Form könnten Einrichtungen der geschilderten Art überall dort entstehen, wo durch die Kommunen, durch Baugenossenschaften oder gar durch Arbeiterkonsumvereine selbst Arbeiterwohnkolonien geschaffen würden. Hier wäre gleich von Anfang an für die nötigen gemeinsamen Einrichtungen in großzügiger Weise unter Benutzung der modernen technischen Hilfsmittel zu sorgen: Ledigenheime, Zentralküche, Speisehaus, Waschküche, Badeanstalt, Kinderspielplatz, Räume für die Geselligkeit. Da die Bewohner neuer Arbeiterwohnhäuser vornehmlich der bestsituierten Schicht des Proletariats angehören, würde es hier weniger darauf ankommen, den Frauen die Erwerbsarbeit außer dem Hause zu ermöglichen. Vielmehr könnte hier durch planmäßige Organisation, durch genossenschaftliches Zusammenwirken der Hausfrauen die Lebenshaltung der Mitglieder gehoben, könnten Zeit und Mittel für höhere Kulturzwecke freigemacht werden. Die Aufgaben, die der Einzelhaushalt heute in so ungenügendem Maße erfüllt, würden in vollkommenerer Weise gelöst. Zu dem Maße, in dem die Arbeiterklasse sich durch den gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampf größere Einnahmen, mehr Freistunden und einen wachsenden Anteil an den Kulturgütern erringt, würden auch die Genossenschaften den Kreis der skizzierten Aufgaben immer weiter ziehen und zu Mittelpunkt nicht nur des materiellen, sondern auch des geistigen Lebens werden. Wir vergessen nicht, daß es nur beschränkte Kreise des Proletariats sind, denen diese Entwicklung zugute kommen wird. Aber diese beschränkten Kreise haben die Verpflichtung, die ganze fruchtbare Kraft des genossenschaftlichen Gedankens zu zeigen und in jeder Beziehung vorbildlich zu wirken. Die unerläßliche Vorbedingung dafür, sowohl die Gemeinden wie die Genossenschaften zu Schöpfungen zu drängen, die gerade proletarischen Frauen ihre übergroße Würde erleichtern können, ist eine lebhafteste Beteiligung des weiblichen Proletariats am Kampfe ihrer Klasse und an der Genossenschaftsbewegung. Nur unter tatkräftiger und begeisterter Mitarbeit der Frauen können die angedeuteten Neuerungen entstehen und zweckmäßig gestaltet werden. Nur durch das Einleben der Frauen in den Geist der genossenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten können solche Einrichtungen eine Vorahnung der Möglichkeiten einer planvollen kulturellen Lebensgestaltung für alle geben, wenn erst die Enge der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft gesprengt und das sozialistische Gesellschaftsideal Wirklichkeit geworden ist.

Th. L.

## Von der jüdischen Arbeiterinnenbewegung in Rußland.

Seit 25 Jahren gibt es in Rußland eine jüdische Arbeiterbewegung. Seit 16 Jahren besteht dort eine organisierte sozialdemokratische Partei des jüdischen Proletariats: der „Bund“. In diesem ganzen Zeitraum war aber nichts zu hören von besonderen Frauenorganisationen, von einer proletarischen Frauenbewegung. In der allgemeinen jüdischen Arbeiterbewegung wurde nicht empfunden, daß man sich zur Agitation unter den jüdischen Arbeiterinnen einer besonders leichten, volkstümlicheren, faßlichen Sprache bedienen müsse; kein Bedürfnis nach einer Sonderorganisation für erwerbstätige Frauen machte sich geltend. In all diesen Beziehungen liegen die Dinge ganz anders als für die russische Arbeiterin. Die jüdische Arbeiterin wurde so früh wie ihr männlicher Klassengenosse zur sozialistischen Kämpferin, mancherorts sogar noch früher als er. Schulter an Schulter kämpfte sie mit ihm, stellte sich dieselben Aufgaben wie er, beteiligte sich an denselben propagandistischen Vereinigungen und Agitationsversammlungen wie er und schöpfte Wissen und Belehrung aus denselben Schriften, die er studierte. Gewiß — eine seltene Erscheinung! Ist ja sonst im allgemeinen die Arbeiterin rückständiger als der Arbeiter.

Als die ersten modernen jüdischen Arbeiterorganisationen in Rußland entstanden — zunächst im Nordwestgebiet, in Litauen, später in Polen und im Süden —, machten die Frauen einen beträchtlichen Teil der industriell tätigen Proletariermassen aus. Größere Gruppen jüdischer Lohnarbeiter fronten damals in der Heimindustrie als Bürstenbinder, Strumpfwirker, Weber, Gamaschenstepper, in kleinen Betrieben ohne motorische Kraft, wo Zigaretten, Bündelhölzer, Kuverts hergestellt wurden, im Schneidergewerbe und im Handel. In all diesen Erwerbszweigen war die Arbeiterin stark vertreten. Die Strumpfwirkerlei lag früher ausschließlich in Frauenhänden, jetzt dagegen haben wir im jüdischen „Ansiedlungsgebiet“ auch männliche Strumpfwirker. In den Zigaretten- und Bündelholzfabriken bildeten die Frauen schon damals wie heute die Mehrheit der Arbeitskräfte. Ebenso in der Schneiderei. Auch zu dem Handelsproletariat stellte und stellt die jüdische Frau ein zahlreiches Kontingent. Und als unter der jüdischen Arbeiterschaft eine Klassenbewegung in Fluß kam, erfaßte sie in gleicher Weise Frauen wie Männer. Die ersten modernen Fachorganisationen der jüdischen Arbeiterschaft Rußlands waren 1886 bis 1888 die Streik-Kasse der Strumpfwirkerinnen und diejenige der Schneiderinnen zu Wilna. Die ersten organisierten Lohnkämpfe und Streiks der jüdischen Proletarier wurden von den Strumpfwirkerinnen in Wilna und den Zigarettenarbeiterinnen ebendasselbst und in Bialystok geführt. Ein Umstand muß hervorgehoben werden, der das Erwachen der jüdischen Arbeiterinnen in Rußland begünstigt hat. Sich der Arbeiterbewegung anschließen, bedeutete in der Zeit ihrer Anfänge, sich von allem Hergebrachten loslösen, die religiösen Gebräuche und Sagen in unbegriffen; bedeutete vor den nächsten Anverwandten etwas verbergen. Die Bewegung mußte im geheimen wirken, sie konnte sich nur im Widerspruch mit den Gesetzen, im Kampfe mit den Behörden entwickeln. Sie war „illegal“, ungesellich und mit großen Gefahren verbunden. Niemand durfte in sie eingeweiht werden, dessen Kräfte nicht gebraucht wurden und der nicht als durchaus zuverlässig galt. Für Müßige gab es in ihr keinen Platz. Wer sich der Bewegung ergab, mußte einen ersten innerlichen Kampf durchfechten; scharfe Reibungen zwischen Eltern und Kindern blieben nicht aus. Und da zeigte es sich, daß es der Arbeiterin oft leichter als ihrem Bruder fiel, sich von dem alten geheiligten Herkommen loszusagen. Der religiösen Tradition stand sie ferner als er. Der Knabe mußte dreimal täglich beten, das Mädchen war von diesem Zwange frei. Je weniger Bande sie an die alte Welt knüpfen, desto rascher erfolgte ihr Übertritt zur neuen. Auch auf das Lesen verstand sich die jüdische Proletarierin in der Regel ebensogut wie ihr Bruder. Und wenn sie sich auch an hohen Festtagen im hebräischen Gebetbuch nicht immer leicht zurechtfinden konnte, las sie dafür oftmals flinker als ihr Bruder in weltlichen Schriften, die zwar auch mit hebräischen Lettern gedruckt, aber in der jüdischen Umgangssprache abgefaßt sind.

Von Anfang an nahm die Arbeiterin einen hervorragenden Anteil an der jüdischen Arbeiterbewegung und genoss als gleichwertige Kampfesgenossin Ansehen. In den stürmischen Jahren der Revolution stand sie in den ersten Reihen, auf dem gefährlichsten Posten. Bei den Lodzer Barrikadenkämpfen im Juli 1905, in den Warschauer Oktobertagen, in der schwierigen Periode des „Selbstschutzes“ in Homel, Kiew, Odessa und anderen Städten hat die jüdische Arbeiterin höchsten Heldennut entfaltet. Und unter den Opfern der revolutionären Kämpfe wald eine lange Liste von Frauennamen! Unsterblich lebt in den weitesten Kreisen der jüdischen Arbeiterschaft die Erinnerung an zwei Märtyrerinnen fort: an Esther Miskind und Fanny Grabelsky. In den Zeiten des revolutionären Sturmes leisteten auch Arbeiterinnen als Leiterinnen der Bewegung Hervorragendes, traten Arbeiterinnen durch hinreißende Beredsamkeit hervor. Von Stadt zu Stadt zogen Kämpferinnen, Agitatorinnen und weilten nirgends länger als zwei bis drei Monate. Überall

standen auch Frauen an der Spitze der Bewegung und betätigten eine beispiellose Energie. Ihre Namen mußten sie bei ihrem Wirken ebenso oft wechseln wie ihre falschen Pässe, und dennoch mußte in der Regel die Masse der Werkstätten, wen sie vor sich hatte. Denn unsichtbare Fäden wurden von Stadt zu Stadt gesponnen, und Legenden umwoben die Namen derer, die der Stolz der Arbeiterschaft waren und die Seele ihrer Bewegung, ihrer Kämpfe.

Aber nur wenig sind bisher in der revolutionären Bewegung die Arbeiterinnen mit besonderen Forderungen als Frauen aufgetreten. Im Programm des jüdischen „Bundes“, der ein Teil der allgemeinen sozialdemokratischen Partei Rußlands ist, wird politische Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht, Mutterschutz usw. gefordert. Jedoch niemals haben diese Forderungen in der Praxis eine besondere Rolle gespielt. Das erklärt sich vor allem durch den besonderen Charakter der revolutionären Bewegung in Rußland. Vom freien Rußland erhoffte man im ganzen alles Gute, ohne es im einzelnen näher darzulegen. Der politische Inhalt der Agitation mußte, natürlich genug, mehr allgemeiner Natur sein. Ferner beteiligten sich an der illegalen, gefährlichen Bewegung in der Hauptsache nur ledige Arbeiterinnen. Außerdem besaßen ja auch die Männer keine politischen Rechte. Wie die Dinge lagen, fehlte es an den Umständen, die zu einer besonders nachdrücklichen Betonung von Frauenrechten und Frauenforderungen veranlaßt hätten.

Andererseits stehen die Verhältnisse nun. Tausende jüdischer Arbeiterinnen — darunter viele verheiratete Frauen, Mütter in mittleren Jahren — beteiligten sich jetzt an der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Die Notwendigkeit sozialer Forderungen, die die Frauen besonders angehen — Mutterschutz, Kinderfürsorge usw. — wird ihrem Verständnis tagaus, tagein praktisch nähergerückt. Auch die Forderung politischer Rechte für die Frau gewinnt für sie immer mehr praktische Bedeutung. So beginnt die jüdische Arbeiterin in Rußland allmählich ihre Kräfte zu sammeln zum Kampf für ihre Rechte und Ansprüche als Frau. Und die Zeit ist nicht mehr fern, wo die jüdischen Arbeitermassen in diesem Kampfe zusammen mit den proletarischen Schwestern des ganzen Niesenreiches den Mut und die eiserne Energie entfalten werden, die schon einzelne Frauen und kleinere Fähnlein von Arbeiterinnen in der allgemeinen revolutionären Bewegung bewiesen haben. Damit müssen auch alle die Forderungen der proletarischen Frauen — die sozialpolitischen wie die rein politischen — wichtige Punkte im Arbeits- und Aktionsprogramm der allgemeinen Bewegung werden. Denn bei aller stärkeren Betonung der Forderungen, die die jüdischen Arbeiterinnen als Frauen zu erheben haben, zeigt sich erfreulicherweise nicht die geringste Neigung zur Gründung besonderer Frauenorganisationen. Der Kampf für die Rechte der Frau, und zumal der proletarischen Frau, wird von der jüdischen Arbeiterschaft in Rußland durchgeführt werden als der Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten ohne Unterschied des Geschlechts wider Ausbeutung und Unterdrückung jeder Art. A. L.

## Der Budapester Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht.

Von e. r.

(Schluß.)

Ein Hauptinteresse beanspruchten auch die Debatten über die Stellungnahme des Kongresses zu den englischen Suffragetten und ihrer Taktik. Gewiß, diese Frage stand gar nicht auf der Tagesordnung. Die Drahtzieherinnen der Tagung hatten es für wichtiger gehalten, daß die übrigens geistvolle und sympathische Amerikanerin Perkins-Gilman über „Die neuen Mütter“ sprach, und daß man seine Gedanken darüber austauschte, wie die „mondaine Frau“, die Dame der oberen Zehntausend, als Anhängerin des Wahlrechts gewonnen werden könne. Aber

trotzdem warf der Kampf der Suffragetten seinen Schatten über den Kongreß und erzwang sich Aufmerksamkeit. Die gemäßigten Frauenrechtlerinnen mögen sich wenden und drehen wie sie wollen: die Suffragetten bleiben ihr siamesisches Zwillingsgeschwister. Nicht nur die Unklarheit über ihr Ziel ist es, die sie mit der gemäßigten bürgerlichen Frauenrechtelei verbindet. Es ist auch der vollständige Mangel an richtigem geschichtlichem Sinn für die Bedingungen politischer, sozialer Kämpfe, jener Mangel, aus dem ihre „kriegerische“ Taktik geboren wird. Aber was die Suffragetten von ihren bürgerlichen Schwestern trennt, das ist die Gleichgültigkeit, ja Verachtung für die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft, das ist die grenzenlose, selbstlose Hingabe, die weder Arbeitshaus noch Hunger, noch den Tod scheut. Blut spricht in der Geschichte sozialer Kämpfe und politischer Parteien eine eindrucksvolle Sprache. Und der Wirkung dieser Sprache konnte sich auch der Kongreß nicht entziehen, so ungemein peinlich das den „maßvollen, klugen“ Führerinnen war.

Das Präsidium hatte viele Anfragen erhalten, wie der „Weltbund“ sich zu den Suffragetten stelle. Die Vorsitzende, die Amerikanerin Frau Chapman-Catt, erklärte, daß der Bund nicht befugt sei, sich für oder gegen eine Taktik nationaler Gruppen auszusprechen. Die „Gleichheit“ hat bereits in Nr. 21 die zur Annahme gelangte Resolution mitgeteilt, deren Zweideutigkeit mit dem größten Bindfaden genächt ist. In der Tat: die Resolution spricht sich unmittelbar weder für noch gegen die Taktik der Suffragetten aus, läßt aber zwischen den Zeilen die Ansicht herauslesen, daß diese Taktik der Einführung des Frauenwahlrechts hinderlich ist. Von Sitzung zu Sitzung wartete zumal das Kongresspublikum mit größter Spannung darauf, daß die anwesenden Vertreterinnen der Suffragetten sprechen würden. Endlich, am letzten Tage, durften sie das tun. Mrs. Despard, die greise Vorkämpferin für Frauenrechte, deren Hingabe und Feuer auch dem Gegner Achtung abnötigt, erklärte schlicht: „Wir brechen die Gesetze unseres Landes, weil wir glauben, daß sie schlecht sind.“ Sie bedauerte, daß der Kongreß zeige, wie wenig die Frauenrechtlerinnen mit den Arbeiterinnen gingen. Und in jener Unklarheit über die Klassengegensätze, die bei Mrs. Despard ihre Wurzel in einer weitspannenden demokratischen Gesinnung hat, meinte sie: Die Wahlrechtsfrage solle nicht bloß die Nationen, sondern auch die Klassen verbinden. Die Proletarierinnen allein verstanden in England, daß die Suffragetten sich für ihre Ideale opferten. Eine zweite Vertreterin der „revolutionären Taktik“ kam noch zum Worte: Frau Sanderson-Cobden, eine Tochter des berühmten Freihändlers Cobden.

Mrs. Chapman-Catt in Person antwortete den beiden Suffragetten. Es war der einzige Augenblick des Kongresses, wo ihre „bornehm-kühle“ Art sie im Stiche ließ, wo die Vorsitzende lebendig, fast leidenschaftlich wurde. Frau Chapman-Catt wehrte sich dagegen, daß man die Suffragetten mit der Glorie des Heldentums umgebe. Sie erklärte, daß es zu allen Zeiten Heldinnen für die Frauenwahlrechtsfrage gegeben habe, und daß auch Heldinnen jene vielen Ungenannten und Unbekannten seien, die ihr Leben dieser Sache still widmen. Ob die Vorsitzende bei diesem Sage an die Hunderttausende proletarischer, sozialistischer Frauen gedacht hat, die für die Befreiung ihrer Klasse und ihres Geschlechts kämpfen? Näher liegt der Gedanke, daß ihr die Teilnehmerinnen des Kongresses vorschwebten, die einige Tage vorher in großer Toilette die breiten Treppen der Fächerhafte hinaufgeschritten waren und oben den glänzenden Willkomm des Bürgermeisters von Budapest entgegengenommen hatten. Die Suffragetten hatten darum nachgesucht, daß zwei ihrer Organisationen in den Weltbund aufgenommen würden: „Women's Freedom League of England“ (Liga für die Freiheit der englischen Frauen) und „Women's tax resistance society“ (Vereinigung für die Steuerverweigerung der Frauen). Das Ergebnis des Mededuels über ihr Ansuchen war, daß die Suffragetten außerhalb des Weltbundes

bleiben. Ihre Organisationen haben nicht die statutengemäß vorgeschriebene Zahl, um dem englischen Nationalverband der gemäßigten Frauenstimmrechtlerinnen beitreten zu können. Dieser beriet wohl über die Herabsetzung der Zahl, lehnte sie jedoch ab. Wie böse Zungen behaupten, damit er keine von den 12 Stimmen an die Suffragetten abgeben müsse, die jeder nationale Verband besitzt.

Mrs. Despard's Lob der Arbeiterinnen und ihre Mahnung zum Zusammengehen mit ihnen zeitigte übrigens eine erwähnenswerte Episode. Frau Lindemann, eine deutsche Delegierte, erklärte, die sozialdemokratischen Frauen wollten nicht mit den bürgerlichen zusammengehen. Soweit, so gut. Leider aber hat es Frau Lindemann unterlassen, mit den Gründen für das Nichtwollen die ganze Wahrheit mitzuteilen. Nämlich von den Klassengegensätzen abgesehen die Tatsache, daß gerade in Deutschland die bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen noch nie einheitlich und mit aller Kraft für das Wahlrecht aller großjährigen Frauen wie Männer eingetreten sind. Große Gruppen von ihnen sind dagegen dem Kampfe der Sozialdemokratie für dieses Recht in den Rücken gefallen, indem sie seine Feinde unterstützten. Und augenblicklich sind die Damen weiter als je davon entfernt, für das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen. Haben sie doch eine ihrer ältesten und verdienstvollsten Vorkämpferinnen, Frau Cauer, wegen ihres treuen Festhaltens an diesem Ideal aus dem preussischen Frauenstimmrechtsverein herausgegrault.

Der Behandlung der Frage des Mädchenhandels griff die Pariser Advokatin Madame Verone vor. Sie hatte in einer öffentlichen Abendversammlung das Thema zu behandeln: „Frauenstimmrecht und Moral“ und verbreitete sich dabei auch über die Prostitution. Frau Verone sagte, in jedem zivilisierten Lande sei es verboten, daß ein Mann ein Mädchen unter fünfzehn Jahren heirate. Aber in jedem solchen Lande sei es dem Manne erlaubt, wegen seiner Lust einer flüchtigen Stunde ein Mädchen, das kaum dem Schulalter entwachsen ist, ins Unglück zu stürzen, ihm die Schmach und die Würde der unehelichen Mutterschaft aufzuladen oder es mit einer entsetzlichen Krankheit anzustecken. Die Gesellschaft, deren Gesetze das zulassen, hat nur an die Rechte des Besitzes gedacht, nicht an die Volksrechte, nicht an die Kinder und Mütter, die geschützt werden müssen. „Es gibt keine unehelichen Mütter.“ rief Frau Verone aus, „es gibt nur Mütter.“ Zur Frage des Mädchenhandels hielt Mrs. Chapman-Catt das einleitende Referat. Sie fand scharfe Worte gegen den „weißen Sklavenhandel“. Besonders wirkungsvoll wendete sie sich gegen die westlichen christlichen Nationen, die alljährlich ihre sogenannten Kolonisationen in alle Weltteile senden, und deren Heere Demoralisation und Prostitution in den Kolonien verbreiten. Aber Frau Chapman-Catt legte die Wurzel der beklagten Erscheinungen nicht bloß: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die vom Kapitalismus auf die Spitze getrieben wird. Die englische Delegierte Frau Hyde war diesen Dingen etwas näher gekommen. Sie erklärte: „Es gibt keine größere Grausamkeit, als daß bürgerliche Frauen ihrem Körper die Keuschheit erhalten und sich ihrer Tugend rühmen, indem sie die Körper armer Frauen verkaufen lassen. Wenn wir eine Moral haben, die das erlaubt, eine Moral für die Herrschenden und eine für die Beherrschten, so ist das eine unmoralische Moral!“ Auch ein eifriger Vorkämpfer des Frauenwahlrechts nahm zu der Frage das Wort: der päpstliche Prälat Dr. Gießwein. Nach seiner Meinung spricht es gewichtig für das Frauenwahlrecht, daß dieses in Amerika von den Besitzern der berühmtesten Lasterhöhlen bekämpft wird. Die zu der Frage angenommene Resolution ist bereits in Nr. 21 veröffentlicht worden.

Es versteht sich, daß der Kongreß auch Berichte über den Stand der Frauenstimmrechtsbewegung in den einzelnen Ländern hörte, wie über die Wirkungen des Frauenwahlrechts dort, wo es seit längerer oder kürzerer Zeit besteht. Besonders wurden die Fortschritte des Frauenrechts und Kinderschutzes

in Australien, wie der Mutterfürsorge in Finnland als Früchte des Frauenwahlrechts angesprochen. Die Tagung beschloß verschiedene Änderungen am Statut des Weltbundes. Die Zahl seiner Vorstandsmitglieder wurde von 7 auf 11 erhöht. Der Vorsitz blieb in den Händen von Mrs. Chapman-Catt. Fräulein Ramers-Rotterdam, die seitherige aufopfernde Herausgeberin des Bundesorgans „Jus Suffragii“ tritt von ihrem Posten zurück. Ein besserer internationaler Nachrichtendienst soll organisiert werden. Diese Beschlüsse sind zusammen mit der Stellungnahme zu den verhandelten Fragen das wichtigste greifbare Ergebnis des Kongresses. Es ist mager. Vergewaltigt man sich den gewaltigen Aufwand an Zeit, Kraft und Geld, das betäubende Lamtam für den Kongreß, so drängt sich der Ausruf auf die Lippen: „Wieviel Lärm um einen Eierkuchen!“ Was mögen bei diesem Lärm die armen, unaufgeklärten fünf ungarischen Feldarbeiterinnen empfunden und gedacht haben, die als Kongreßteilnehmerinnen erschienen waren? Ob ihnen wohl die Augen dafür aufgegangen sind, daß der versammelte glänzende Stab bürgerlicher Damen nicht die Avantgarde ist, die für die ausgebeuteten Frauen in den Kampf zieht?

### Das elegante Badekostüm.

In der illustrierten Beilage einer großen Berliner Tageszeitung sehe ich „elegante Badekostüme“ abgebildet: „Schwarzer Schwimmanzug mit kleiner schwarzweiß gestreifter Bluse“, „Rotseidenes Badekleid mit rotweiß getupfter Bordüre“, „Braunseidener Badeanzug mit buntgestickter Bordüre“, „Badekostüm aus schwarzer Seide mit türkischer Seidenbluse“. Die Bilder müssen jeden Mann in helles Entzücken versetzen.

Wirklich, die Frauen der Zahlungsfähigen können sich fein kleiden! Mitunter sogar schön! Denn „fein“ und „schön“ decken sich bekanntlich selten, zumal wenn man „fein“ im landläufigen Sinne gebraucht. Freilich, wenn ein gesunder, unverbildeter Mensch ins Wasser steigt, freut er sich darauf, daß ihn die Fluten umspülen. Er fühlt sich wohl und erfrischt, wenn er unbehindert von Kleidern in dem nassen Element die Glieder frei regen kann, wenn das Wasser überall hindringt, alle Poren anfeuchtet und öffnet. Das ist die richtige, gesunde Freude am Baden. Was aber macht der Bourgeois daraus? Er kauft sich zuerst einen Badeanzug, einen Anzug, der ihn möglichst ganz umhüllt. Und mit dem steigt er ins Wasser. Das nasse Zeug klebt überall am Körper und hemmt jede Bewegung. Im Wasser selbst geht's noch, weil dieses das Gewicht des Anzugs trägt. Aber sowie der „fein“ gekleidete Badende aus dem Wasser heraussteigt, dann klatscht alles naß und lappig um den Körper herum, und bis er in seine Zelle gekommen ist, muß er mit dem nassen Lappen herumlaufen. Dabei gibt er dem Winde immer neue Gelegenheit, die Masse kühlend zu verflüchtigen, wodurch dem Körper so viel Wärme entzogen wird, daß eine Erkältung todsicher ist. Wer von den Leserrinnen ist schon einmal mit solchen klatschnassen Lappen am Leibe herumgelaufen? Gräßliches Gefühl! Ekelhafter Anblick! Aber die feinen Damen laufen so herum. Vielleicht sind sie so gut abgehärtet, daß es ihnen nichts schadet? Ich für meinen Teil glaube das von den vertweichlichten Geschöpfen weniger. Wozu aber dann den ganzen Körper reich mit Seide bedecken? Nun, die Wahrheit ist, daß es diesen Damen in der Hauptsache gar nicht auf Baden ankommt! Sie promenieren in ihren reizenden Badekostümen am Strande und bieten dadurch ihren Männchen oder denen, die es werden sollen, einen Nervenkitzel. Es ist ja das Gewerbe mancher dieser Damen, Nervenkitzel zu erzeugen, und die Sinnlichkeit der Männer reizen, das bildet auch den Lebensinhalt vieler der übrigen Damen, die den ersteren Schmutzkonkurrenz machen. Der nackte weibliche Körper, selbst der schönste, reizt aber keinen Lebemann mehr, erst der klug verhüllte oder besser der raffiniert teilweise verhüllte tut das. Man muß alles ahnen, was unter den seidenen

Mädchen, Höschen und Spitzen ist, das gibt den erwünschten Nervenreiz. Manche der Damen tun vielleicht auch ganz klug daran, ihren häßlichen oder durch Modetorheiten verunzungen Körper zu verstecken. Und so laufen denn die Damen in seidenen „Badekostümen“ herum und in seidenen oder samteneu Schuhen!

Sie haben's ja dazu, laßt ihnen ihr Vergnügen! Aber woher stammt all das Geld, das sie dafür brauchen! Wenn der „hochelegante“ seidene Anzug ein paarmal im Wasser war, was ist er dann noch? Meist nur ein häßlicher Lappen, keinesfalls ein „schickes“ Kostüm für eine Dame. Mit einem einzigen Badekostüm ist's also nicht getan. Eine Dame der Gesellschaft braucht für einen Sommer mehrere. Das greift ins Geld. Was für eine Kleidung ausreichen würde, an der eine Arbeiterfrau ihr halbes Leben lang ihre Freude haben könnte, das wird hier in einer Saison vergeudet und vertan. Es ist eine frevelhafte Verschwendung mit den Gütern der Welt und mit den Arbeitskräften der Gesellschaft. An jenen „eleganten Badekostümen“ klebt der Schweiß vieler Ausgebeuteter; der Schweiß der Männer und Frauen, die auf dem Acker und in der Fabrik fronden und durch ihre Mehrarbeit das prasserische Leben der den Luxus Genießenden wie das entbehrungsvolle der im Dienste des Luxus Schaffenden ermöglichen: Seidenraupenzüchter, Spinner, Weber, Färber und Schneiderinnen. Die Näherin allein hat vielleicht zur Herstellung der Herrlichkeit zehnmal soviel Zeit gebraucht, als die Dame das Kostüm auf dem Leibe hat, um einige Stunden lang die lusternen und wohlgefälligen Blicke der Männchen darauf zu lenken. So widersinnig und verbrecherisch die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft zur Herstellung von Mordinstrumenten ist, so wahnsinnig ist ihre Vergeudung zur Herstellung von Hlitterland. Derweil sich am Strande in den Modebädern die elegante faulenzende Welt in Badekostümen spreizt, laufen viele Hunderttausende fleißiger Proletarier in häßlichen alten Lumpen herum. Leider sehen die Werttätigen viel zu wenig von jenem Leben und Treiben, denn dieser Anschauungsunterricht müßte sie zum schärfsten Kampf aufpeitschen gegen eine Gesellschaftsordnung, deren unvermeidliche Früchte solche soziale Gegensätze und so viel Wahnsinn, so große Schamlosigkeit unter gleichender Hülle sind. F. L i n k e.

## Aus der Bewegung.

**Friedrich Zietsch und Karl Weiser †.** Der unerwartete Tod des Genossen Zietsch hat unserer Bewegung eine Kraft entzogen, die trotz ihrer Jugend schon viel gegeben hatte und für die Zukunft noch reiche Leistungen versprach. Der Verstorbene war die Verkörperung eines Proletariats, der um die Entfaltung seines Menschentums ringt und die unter Nöten und Kämpfen entwickelten schönen natürlichen Gaben selbstlos und treu für die Befreiung seiner Klasse einsetzt. 1877 in Berlin geboren, lernte Genosse Zietsch in seinem Beruf als Porzellanarbeiter die Lage der Ausgebeuteten nicht bloß kennen, sondern auch verstehen. Verstehen in all ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen, die den Kapitalismus als den Peiniger und Knechter und den Sozialismus als den Erlöser der proletarischen Massen erweisen. Der Aufenthalt in der Schweiz, in Wien und Paris weitete den Horizont des jungen strebsamen Proletariats und bereicherte sein Innenleben. So konnte er, in die Heimat zurückgekehrt, bald auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet Bemerkenswertes leisten und auf vorgehobenem Posten stehen. Der Dreiundzwanzigjährige wurde Redakteur des „Saalfelder Volksblatts“, und zwei Jahre später, 1902, saß Genosse Zietsch als Abgeordneter im Landtag für Sachsen-Meiningen. Von 1903 an wirkte er wieder in Berlin. Er leitete die „Ameise“, das Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, war internationaler Gewerkschaftssekretär seiner früheren Berufsgenossen, wurde 1908 zum Stadtverordneten in Charlottenburg und 1909 bei der Nachwahl in Koburg als Reichstagsabgeordneter gewählt. Der Sitz ging bei den letzten Wahlen verloren, und Genosse Zietsch wurde 1912 zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt. Mit außerordentlichem Fleiß und Geschick hat er das wichtige Amt verwaltet, wozu einer Auskunft über parlamentarische Fragen bedurfte oder Ma-

terial dazu, dem war er ein freundlicher, hilfsbereiter Berater. Genosse Zietsch hat jederzeit regen Eifer bekundet, die Proletarierinnen aufzuklären und für den Kampf ihrer Klasse zu organisieren. Als Redakteur der „Ameise“ wie als Agitator hat er in diesem Sinne gewirkt. Die „Gleichheit“ hat mit ihm einen sachkundigen, geschäftigen Mitarbeiter verloren. Schon der trodene Umriß dieses proletarischen Kämpferlebens läßt empfinden, wie reich sein Inhalt gewesen ist. Mit Trauer gedenkt das deutsche Proletariat der Kürze dieses Lebens, mit Stolz seines Inhalts und seines Ziels.

Karl Weiser war kein politischer Kämpfer, aber ein ganzer Mann, der mit Leib und Seele dem Sozialismus anhing und auf literarischem Gebiet mannhaft für seine Überzeugungen wirkte. Die Eltern hatten ihn für die Gottesgelahrtheit bestimmt, in dem jungen Weiser war jedoch das vererbte Schauspielersblut mächtig, und er suchte und fand seinen Weg zur Bühne. Als Charakterdarsteller hatte er trotz seiner Jugend bald Erfolg. In dem berühmten Meininger Ensemble nahm er lange Jahre eine der ersten Stellen ein. Anfangs der neunziger Jahre folgte er einem Ruf an das Weimarer Hoftheater, an dem er eine führende Persönlichkeit blieb. In Weimar ist er im 67. Lebensjahr einer Blutvergiftung erlegen. Karl Weiser hatte als Freiwilliger 1870/71 vor Sedan und Paris gekämpft, vom Ideal eines einigen und freien Deutschlands auf das Schlachtfeld getrieben. Als er aus dem Krieg zurückkehrte, drängte sich ihm überwältigend die Erkenntnis auf, daß das geeinte Deutschland ein Reich der Reichen gegen die Ausgebeuteten war. Es zeigt den Denker, aber auch den Charakter, daß diese Erkenntnis vollendete, was Weisers demokratisches Empfinden schon vorbereitet hatte: das Bekenntnis zum Sozialismus. Weiser befreundete sich innig mit Johann Most und veröffentlichte in der Chemnitzer „Freien Presse“ unter dem Pseudonym Siegfried viele klangvolle frische Kampfesgedichte. Er ist der Verfasser mehrerer Dramen, die freiheitliche Gesinnung und edle Menschlichkeit atmen und unter denen als Hauptwerk das vierteilige Jesusspiel hervorragt. Die Zensur verbot die Aufführung, weil Weiser in diesem Drama nicht den Gottessohn der Kirche dargestellt hat, vielmehr einen großherzigen, starken Menschenfreund und Menschheitsbefreier. Weiser hat die Freude erlebt, daß sein Gedicht „Die Gelatonscheiren“ (Die Hunderthändigen) in Musik gesetzt worden ist und von Arbeiter-sängern vor die breitesten Volksmassen gebracht werden soll. Die erste Aufführung ist für den Jenaer Parteitag geplant. Das Gedicht ist eine Verherrlichung des Proletariats, das in seiner Doppelseigenschaft als ausgebeutete und als menschenheitsbefreiende Klasse gezeigt wird. Noch in den Tagen der Krankheit beschäftigte sich Weiser mit dem Gedanken, seine politischen Gedichte gesammelt herauszugeben, und ein langjähriger verständnisvoller Freund, Genosse Adolf G e d, sollte ihm bei dieser Arbeit helfen. Bis zu seinem letzten Atemzug hat Weiser für seine sozialistische Überzeugung geblüht, ein seltenes Beispiel von Idealismus und Charakterstärke in der kleinen Welt der künstlerisch Schaffenden und Genießenden.

**Jahresbericht der Genossinnen des S. sächsischen Wahlkreises.** Unser Wahlkreis gehört zu den Gegenden, wo die sozialistische Arbeiterbewegung schon früh Fuß zu fassen begann. In seinen einzelnen Wahlstrichen fanden in der Zeit des Sozialistengesetzes oft wichtige Beratungen statt. Damals blühte die Steinindustrie, namentlich in Pirna, Posta und Struppen. Die Steinarbeiter stellten neben den Tabakarbeitern damals wohl die Elitetruppen der Partei. Auch die Proletarierinnen im Kreise begannen früh zu erwachen. Unsere verstorbene Genossin Eichhorn, die Genossinnen Schmidt und Köhler wie die Unterzeichnete waren wiederholt zu Vorträgen, Zusammenkünften und Aussprachen mit den Genossinnen in Pirna und anderen Orten. Eine wirtschaftliche Umwälzung im Verkauf drängte jahrelang die besessenen Steinarbeiten zurück. Anhaltende Arbeitslosigkeit trat unter den Steinarbeitern ein, die Hunderte von ihnen zum Fortzug zwang, andere in die schlecht lohnenden Betriebe der Papierindustrie trieb. So gingen sehr viele wertvolle Kräfte der Bewegung verloren. Die schwere Zeit drückte auch auf die junge proletarische Frauenbewegung und raubte ihr fast den Atem. Die Nöte und Sorgen des Lebens waren allzu groß und lasteten besonders auf den Frauen. Unter diesen Umständen gewann die Heimarbeit rasch an Boden. In Sebnitz und anderen Orten noch kam die Blumenindustrie in Schwung. Agenturen und Ausgabestellen für Heimarbeiterinnen dieses Gewerbezweiges schossen wie die Pilze aus der Erde. Gemeindevorstände, Kaufleute und Beamtenfrauen wetteiferten miteinander, um eine solche Ausgabestelle zu bekommen. Frauen und Kinder wurden in das

Joch einer Heimarbeit gespannt, die spottschlecht bezahlt wurde. Obgleich eine Organisation der Blumenarbeitserschaft entstand, war es doch zuerst nicht möglich, der schrankenlosen Ausbeutung einen Niegel vorzuschieben. Ganz besonders hat sich Genossin Jhrer später um die Organisierung der Heimarbeiterinnen in der Blumenindustrie verdient gemacht. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat tatkräftig geholfen, daß der Blumenarbeiterverband erstarkt und sich ausbreitete. Die gesamte Arbeiterbewegung — die gewerkschaftliche wie die politische — wurde schließlich durch die Gründung von Verkaufsstellen des Konsumvereins Dresden gestützt. Mit ihnen kamen neue tätige Kräfte in den Kreis, und der Mut zu frischer Arbeit wurde allerorten belebt. In dem vierten Bezirk des Wahlkreises Sebnitz-Neustadt herunter bis Schandau war es vor allem Genosse Schirmer, der mit einer Handvoll Genossen unermüdet für die Bewegung wirkte. Als die Frauenbewegung wieder in kräftigen Fluß kam, nahm Genossin Schirmer die Leitung in die Hand. Sie ist heute als Vertreterin der Genossinnen in der Ortsverwaltung tätig. Nach dem Jahresbericht 1912/13 zählte die Partei in Sebnitz 67 Genossinnen, in Neustadt 12, in Stolzen 2. Das mag wenig erscheinen, wer aber die Verhältnisse kennt, dem reden diese Zahlen von unermüdetlicher Agitationsarbeit. Zum dritten Agitationsbezirk — der Kreis ist in vier Bezirke geteilt — gehört Kopitz, Dohna, Wirkitz und Königstein. In diesen Orten sind zusammen 20 Genossinnen politisch organisiert. Das ist ein Fortschritt, denn der Bezirk ist ein ländlicher, wo von hundert Wegen der Agitation nur zehn Erfolg haben. Im zweiten Bezirk: Pirna, Struppen, Neundorf, Gottleuba, Bergschühel liegen die Verhältnisse ähnlich. In Pirna hat die Partei 25, in Struppen 19 Genossinnen gewonnen. Die Ortsverwaltungen der Wahlkreisorganisation sollen auch hier alles aufbieten, um die Frauenbewegung zu fördern. In Pirna wird seit drei Monaten der Versuch gemacht, die Genossinnen durch besondere Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder zusammenzuhalten und zu schulen. Jedoch von der einsichtigen Betätigung der Ortsverwaltung allein hängt der Aufschwung unserer Frauenbewegung in der Gegend nicht ab. Unerläßlich dafür ist die freudige Mitarbeit der Genossinnen selbst, zumal aber aller jener Genossinnen, die schon früher zur richtigen Erkenntnis gekommen sind. Wer da weiß, der soll anderen von seinem Wissen mitteilen, der hat die Pflicht, mit dem empfangenen Pfunde im Dienste des Sozialismus zu wuchern. Pirna beherbergt Tausende von Arbeitern und Heimarbeiterinnen in seinen Mauern. Es ist ein alter Sitz der Partei. Hier muß sich eine blühende Frauenbewegung entwickeln. Im ersten Bezirk: Groß-Zschachwitz, Mügeln, Groß-Luga, Dohna und Glaschütte pulsiert ein kräftiges Parteileben. Alle Veranstaltungen für die Frauen sind glänzend besucht. Hier war auch der Frauentag ein schöner Erfolg. Allmonatlich finden in Mügeln, Dohna und Sporitz für die diesen Orten zugeteilten Gruppen Frauenversammlungen statt, den Vorträgen liegt ein gemeinsam ausgearbeitetes Programm zugrunde. In Mügeln beträgt die durchschnittliche Besucherzahl 52, in Dohna 28 und in Sporitz 47. Mügeln hat 212 weibliche Mitglieder, Groß-Zschachwitz 110, Dohna 61 und Glaschütte 8. Die Zahl der organisierten Genossinnen beträgt im ganzen Kreis 537.

Die Maifeier verlief hier glänzend und Tausende von Frauen nahmen an ihr teil. Unter den Frauen wurde das Flugblatt verbreitet: „Frauen heraus!“ Im unteren Bezirk waren es ausschließlich Genossinnen, die ihren Stolz darreichten, es auszutragen, ebenso die Proschüre: „Hör' mal zu!“ In einer Reihe von Gruppen sind Genossinnen mit in der Verwaltung tätig. Das Zusammenarbeiten mit den Genossen ist ein gutes. Bis zum Jahreschluss war Genossin Maife Vertreterin der Genossinnen im Kreisvorstand der Partei. Leider war sie durch Krankheit ein halbes Jahr lang verhindert, das Amt auszuüben. Daher würde der Posten von der Kreiskonferenz der Unterzeichneten anvertraut. In der Kinderschulskommission, die für den Kreis ein neues Wirkungsgebiet eröffnet hat, sind die Genossinnen eifrig tätig. An der letzten Kreisversammlung nahmen acht Genossinnen als Delegierte teil. Unsere Gegner sind im Kreise eifrig an der Arbeit. Sie verteilen fromme Traktätschen und christliche Blätter, sie rufen die Arbeiterfrauen, sich als Mütter an den Veranstaltungen des Jungdeutschlandbundes usw. zu beteiligen, sie gründen hier und da Arbeiterfrauenvereine. Unser Werk werden sie mit dem allem um so weniger hindern, je mehr die Genossinnen selbst recht eifrig mitarbeiten, ihren proletarischen Schwestern den Weg zu zeigen, der zur Befreiung führt. Genossinnen, ihr alle, die ihr wißt, daß nur der Sozialismus der Befreier des Weibes aus Not und Knechtschaft ist: tut eure Pflicht.

Marie Wadwiz.

**Jahresbericht der Genossinnen von Hamburg.** Das letzte Geschäftsjahr hat die Hoffnung auf eine gesunde Weiterentwicklung unserer Frauenbewegung im Tempo der Vorjahre glänzend erfüllt. Die weibliche Mitgliedschaft hat in den letzten 9 Monaten einen Zuwachs von 1331 zu verzeichnen, sie ist von 8004 auf 9335 gestiegen. Von dem Mehr entfallen auf den dritten Hamburger Wahlkreis allein 1181 neue weibliche Mitglieder, während dort die männlichen nur um 746 zugenommen haben. Zu unserem Erfolg haben wesentlich die in 17 Stadtteilen monatlich stattfindenden Frauenbildungs- und Diskutierabende beigetragen, an denen auch Nichtorganisierte teilnehmen können. Für die Lehrkurse der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen leisten die Frauenabende ebenfalls gute Vorarbeit. Aus den Reihen der Teilnehmerinnen daran haben sich 13 Schülerinnen für den Winterkursus und 8 Schülerinnen für den Sommerkursus gemeldet. Insgesamt fanden 19 Frauenagitationsversammlungen statt, die einen steigenden Besuch aufwiesen. In ihnen wurden Fragen behandelt, die für die Aufklärung und Schulung der Frauen von besonderer Bedeutung sind und namentlich auch die Mutterschaft und das mütterliche Wirken berücksichtigten. Die Bestellkommissionen der Genossinnen in den einzelnen Distrikten luden durch 4100 Handzettel zu den Versammlungen ein. Im Oktober wendeten sich 18 öffentliche Frauenversammlungen an breitere Kreise der Proletarierinnen. Hier stand auf der Tagesordnung: „Die Frau im Kampfe gegen Teuerung und Hungersnot“. In diesen Versammlungen, zu denen im ganzen Stadt- und Landgebiet Flugblätter verteilt worden waren, sprachen die Genossinnen Ruben, Weyl und Zieh-Berlin und Genossin Wadwiz-Dresden mit gutem Erfolg. Zum diesjährigen Frauentag wurde in 18 öffentlichen Frauenversammlungen für das Frauenwahlrecht demonstriert, circa 5000 Frauenwahlrechtszeitungen wurden verkauft und eine stattliche Anzahl neuer Parteimitglieder und „Gleichheit“-abonnten gewonnen. Der Wunsch war allgemein, daß der Frauentag künftig wieder an einem Sonntag stattfinden möge. Von den Obleuten der weiblichen Bestellkommissionen wurde dem Vorstand der Landesorganisation der Antrag unterbreitet, eine Parteisekretärin anzustellen. Sie solle die Aufgabe haben, die besonderen Interessen der weiblichen Parteimitglieder zu wahren, Interessen, die in der besonderen sozialen Stellung der Frau im öffentlichen wie im privaten Leben ihre Ursache haben. Die Antragstellerinnen berieten sich darauf, daß der Parteitag in Jena 1911 die Anstellung von Sekretärinnen in Aussicht genommen habe. Der Antrag fand diesmal noch keine Berücksichtigung, da es sich bei der kürzlich vorgenommenen Neubesetzung einer Sekretärstelle um die Erledigung von Bureauarbeiten handelte und nicht um die eventuelle Anstellung einer Kraft, die die Agitation leitet.

Von der Zentralbildungskommission wurden in den verschiedenen Stadtteilen wissenschaftliche Vortragszyklen mit Themen veranstaltet, die die Frau besonders interessieren. Drei Vorträge behandelten: „Die geistige Entwicklung des Kindes mit Anwendung auf die Erziehung“, drei Vorträge: „Die geschichtliche Entwicklung der Frauenfrage“ und weitere drei Vorträge: „Aus der Praxis der Kindererziehung“. Dank guter Propaganda durch die Bezirksführer und in den Frauenbildungs- und Diskutierabenden erfreuten sich alle Vorträge eines sehr guten Besuches, der sich zwischen 120 und 220 Teilnehmerinnen bewegte. In 6 Sitzungen wurde von den weiblichen Funktionären der Partei über gemeinsame Agitationsarbeit beraten, wie über den Ausbau der Frauenorganisation. Eine interne Frauenkonferenz tagte am 19. Oktober. Zu ihr waren die Delegierten der Landesorganisations- und Kreisversammlung und die Obleute der weiblichen Bestellkommissionen geladen. Genossin Zieh referierte über die Agitation unter den Frauen. Von der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen wurde am 30. Dezember eine Versammlung für alle in der Partei und den Gewerkschaften tätigen Genossinnen einberufen. Auf der Tagesordnung stand: Aussprache über eventuelle Maßnahmen zur Veranstaltung von Frauenbildungsabenden. Weitere Zusammenkünfte der gleichen Art sollen periodisch folgen, um die Agitation unter den Frauen, namentlich auch unter den gewerblich tätigen Proletarierinnen zu beleben und zu vertiefen. In einer Versammlung der Referenten und Verwaltungsmitglieder der Partei und Gewerkschaften hielt im März Genossin Dunder-Berlin einen belehrenden Vortrag über „Die Frauenfrage“. Auch sie befruchtete warm die Einrichtung von Frauenbildungsabenden.

Die Beteiligung der Genossinnen an allen Parteiveranstaltungen ist ständig im Wachsen. In den Leitungen der Jugendabteilungen, in den Kinderschulkommiss-

sionen und neuerdings in dem Ausschuf zur Förderung von Jugendspielen sind Genossinnen mit Erfolg als Helferinnen tätig. Das Arbeitsgebiet unserer Partei wird immer umfangreicher. Neue Aufgaben in wachsender Zahl und Bedeutung harren ihrer Lösung. Eine gutgeordnete Arbeitsteilung ist immer mehr geboten, soll das gesunde Fortschreiten der Gesamtbewegung nicht Schaden leiden. Die Sozialdemokratie ist nicht nur politische Kampfpartei. Sie ist die Wegbereiterin des Sozialismus und damit die Trägerin der breitesten und weitest zielenden Kulturbewegung. Die in rasender Schnelle vorwärtstürmende soziale Entwicklung läßt das deutlich erkennen. Die Frauenfrage ist ein Glied in der langen Kette der zu lösenden Kulturfragen, und an ihrer Lösung hat die proletarische Frauenbewegung an ihrem Teil im Rahmen der gesamten sozialistischen Bewegung mitzuwirken. Wie unsere heiß umstrittene und verfolgte proletarische Jugendbewegung wird auch unsere Frauenbewegung sich entfalten, getragen von dem Verständnis der zielklaren Proletarier, unseren Feinden zum Trost, den Unterdrückten und Ausgebeuteten zum Segen. Mit neuem Mut und frischer Kraft gehen die Hamburger Genossinnen an die weitere Arbeit mit dem festen Vorsatz, zu lernen, zu wirken und zu werden. e. g.

**Die zweite Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Erfurt** wurde am 13. Juli in Erfurt abgehalten. Sie war aus 10 Orten mit 16 Delegierten besetzt. Der Erfurter Frauen- und Mädchenchor begrüßte die Konferenz mit dem prächtigen Gesang eines stimmungsvollen Liedes. Genosse Reichhaus eröffnete sie mit einer herzlichlichen Ansprache, die in dem Wunsche gipfelte, die Beratungen möchten für die Frauenbewegung reiche Früchte zeitigen. Das Referat über „Die Frau als Helferin im Befreiungskampf der arbeitenden Klassen“ hielt die Unterzeichnete; den zweiten Vortrag über „Die Agitation seit der Konferenz 1912“ hatte Genosse Apel-Erfurt übernommen. Es sei daraus hervorgehoben, daß die Zahl der weiblichen Parteimitglieder sich auch in diesem Bezirk zufriedenstellend erhöht hat, doch läßt die sehr schwierige Arbeit zur Durchbildung der Genossinnen noch manches zu wünschen übrig. In der Diskussion trugen die Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen und Wünsche vor. Dem Ausbau der Les- und Diskussionsabende wurde großes Gewicht beigelegt, über das Wasie konnte man manch guten Rat hören. Als Mangel empfinden es die Genossinnen, daß in dem Vorstand mancher Wahlkreise keine Frau sitzt. Dadurch wird es den mit der Agitation betrauten Genossinnen erschwert, sich mit dem Leben der Organisation vertraut zu machen und in steter enger Fühlung mit ihr zu bleiben. Als erfreuliches Zeichen der Regsamkeit unserer Genossinnen in Erfurt muß es gewürdigt werden, daß sie Ferien Spaziergänge eingerichtet haben, an denen in diesem Jahre 290 Kinder teilgenommen haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 13. Juli in Erfurt tagende Konferenz von Delegierten der Frauen, die in den sozialdemokratischen Vereinen des Agitationsbezirks organisiert sind, erneuert den vorjährigen Beschluß bezüglich der Agitation unter den proletarischen Frauen und Mädchen. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß nur durch systematische Aufklärung über die politischen Geschehnisse des Tages, über die bürgerlichen Parteien und deren Machenschaften auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sowie über die Sozialdemokratie und ihre Notwendigkeit und Forderungen das Interesse und eine rührige Mitarbeit der weiblichen Unterdrückten für den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse möglich ist. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß nach dieser Richtung hin die delegierten Genossinnen in ihren Ortsvereinen wirken und innerhalb der letzteren Einrichtungen schaffen, die Wissen und Tatkraft der proletarischen Frauen und Mädchen fördern helfen. Um das zu ermöglichen, wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Ortsvereine dem § 4 des Organisationsstatuts für die sozialdemokratische Partei mehr als bisher entsprechen.“

Die Genossinnen gingen mit dem festen Vorsatz auseinander, alles daranzusetzen, um das gesteckte Ziel zu erreichen: die Eingliederung zahlreicher Proletarierinnen in die Parteioorganisation, die Heranbildung der Frauen und Mädchen zu zielklaren und kampfesfreudigen Sozialistinnen. D. Waader.

### Politische Rundschau.

Die Wehrvorlage ist bewilligt — eine neue Vorlage ist in Vorbereitung! So wußte in diesen Wochen eine angeblich gut unterrichtete Korrespondenz zu melden. Eine Neubewaffung der Artillerie solle erfolgen, und begleitet werde diese Vorlage durch eine kleine Marineverstärkung — eine Vermehrung der Aus-

landskreuzer tue not. Die Meldung ist sofort von offiziöser Seite sehr entschieden dementiert worden, kein Wort davon soll wahr sein. So hieß es bekanntlich auch, als die ersten Andeutungen über die eben erledigte Wehrvorlage in der Presse auftauchten. Damals wußte das Kriegsministerium von nichts, genau so wie diesmal — erst durch den Generalkstab kam ihm später die Erläuterung. Man braucht den offiziösen Ablehnungen daher nicht allzuviel Bedeutung beizulegen, zumal in der bürgerlichen Presse auch schon Treiberereien einsehen, die die öffentliche Meinung neuen Forderungen für die Flotte geneigt machen sollen. Diesem edlen Zwecke dienen Notizen, in denen die alten und angeblich veralteten Schiffe der deutschen Kriegsslotte aufgeführt werden — die Folgerung daraus ist natürlich, daß schleunigst Ersatzbauten beschafft werden müssen. Recht hat das Dementi wahrscheinlich darin, daß die Vorlagen noch nicht gerade in der kommenden Reichstagsession präsentiert werden. Etwas Zeit zur Erholung wird man dem durch den Wehrbeitrag etwas mitgenommenen Patriotismus unserer Besitzenden schon lassen müssen, ehe man ihn aufs neue anspannt. Aber nach einer kleinen Ruhepause wird es wieder von Frischem losgehen. Denn der Militarismus ist unerfättlich. Und für imperialistische Politik kann ein Staat nie stark genug gerüstet sein.

Indes zieht die wirtschaftliche Krise unheilvollendend am Horizont auf. Die kapitalistische Ordnung muß wieder einmal eingerenkt werden durch die Unordnung; die Überproduktion, die in der Zeit der guten Konjunktur Platz gegriffen hat, muß durch eine Zeit der Produktionseinschränkung wieder ausgeglichen werden. Aus dem Überschuß werden wieder Mangel und Not entspringen, eine Erscheinung, die in ihrem Widersinn eines der wesentlichsten Merkmale der kapitalistischen Gesellschaft bildet, und einen der schlagendsten Beweise für die Notwendigkeit, diese durch die sozialistische zu ersetzen. Die Krise wird über die Arbeiterklasse schwere Leiden bringen. Schon steigt die Zahl der Arbeitslosen erheblich. Jetzt gilt es, die Regierungen und Gemeinden wachzurütteln, daß sie rechtzeitig Vorkehrungen zur Linderung — mehr ist ja in dieser kapitalistischen Ordnung nicht möglich — des kommenden Notstandes treffen. Denn er wird um so schlimmer werden, als er in eine Zeit der allgemeinen Teuerung fällt. Zwar sind die Preise der notwendigen Lebensmittel gegen 1912 etwas gefallen, sie stehen aber immer noch beträchtlich höher als 1911. — Wenn die Preise sich auch nicht stetig aufwärts bewegen, wenn zeitweise kleine Rückgänge zu verzeichnen sind, so ist doch für größere Zeiträume das Steigen der Preise nicht zu verkennen. — Die Teuerung wurzelt in weltwirtschaftlichen Ursachen, in der zunehmenden Industrialisierung der Welt und in der technischen Rückständigkeit der Landwirtschaft, die sich aus dem Privateigentum am Boden ergibt. Deshalb ist die Teuerung auch eine internationale Erscheinung, die weder Schutzoll- noch Freihandelsländer verschont. Nur daß die Schutzollländer doppelt leiden: unter der allgemeinen Teuerung und unter ihrer künstlichen Verschärfung durch die Zölle. Die Kuhnießer des Zollwuchers aber, die Agrarier, wehren sich mit Händen und Füßen gegen jede Ermäßigung oder gar Aufhebung der Zölle. Sie wollen im Gegenteil bei der kommenden Erneuerung der Handelsverträge höhere Sätze durchdrücken und „die Lücken“ des Zolltarifs ausfüllen. So hat kürzlich zu Breslau eine Versammlung von Organisationen der Obst- und Gemüsezüchter die Schaffung hoher Obst- und Gemüsezölle gefordert, damit der deutsche Bürger und Proletarier nur ja kein Nahrungsmittel mehr genießen kann, das ihm nicht künstlich verteuert worden ist. Die Herren nennen das pfiffig „die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft des ausländischen Obstes und Gemüses“.

In Berlin wird demnächst vor dem Kriegsgericht der Prozeß gegen sieben Zeugoffiziere stattfinden, die sich von Beamten der Firma Krupp zum Verrat militärischer Geheimnisse verurteilt ließen — gegen entsprechende Schmiergelder. Das Verfahren ist die Folge der Enthüllungen des Genossen Liebknecht über das Kruppische Geschäftsverfahren. Mehr als 1000 Einzelfälle stehen unter Anklage. Bemerkenswert ist, daß das Kriegsministerium das Bestreben zeigt, die Verhandlungen dieses Prozesses hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Und sie wären doch für die Öffentlichkeit von höchster Bedeutung, da sie zur Klärung der Frage beitragen werden, inwieweit die Direktion der Kruppischen Werke, die sich bekanntlich ganz unschuldig stellt, an dem Treiben ihres Berliner Agenten Brand beteiligt ist. Aber auch sonst wird der Prozeß auf das Verhältnis zwischen Regierung und Rüstungskapital Streiflichter werfen, und das deutsche Volk hat Veranlassung genug, zu fordern, daß gründlich in diese Dinge hineingeleuchtet werde. Das Kriegsministerium aber hat die Alten mit dem Hinweis versehen, daß es die Öffentlichkeit ausgeschlossen

wünsche, weil sonst die Interessen der Landesverteidigung verletzt werden würden — ein Argument, dem kein Kriegsgericht widerstehen wird. Als dann freilich selbst in der bürgerlichen Presse gegen diesen Vertuschungsversuch gemurrt wurde, da wurde besänftigend mitgeteilt, erstens habe das Kriegsgericht vollständig selbständig über die Öffentlichkeit der Verhandlung zu befinden — was richtig ist, bei der Abhängigkeit der Richteroffiziere von ihren Vorgesetzten aber nicht viel besagen will — und zweitens sei eine „beschränkte Öffentlichkeit in Aussicht genommen“, nur bei Erörterung militärischer Geheimnisse solle die Verhandlung geheim geführt werden. Hierauf kam dann aber die Erklärung, daß sie ziemlich alles, was im Prozeß zur Sprache kommen wird, militärisches Geheimnis darstellt, so daß von der Öffentlichkeit kaum etwas übrig bleiben wird. Dabei liegen die meisten der Fälle, um die es sich dreht, um Jahre zurück und betreffen schon veraltete Konstruktionen, bei denen nichts mehr zu verraten ist. Daß die Firma Krupp ein großes Interesse am Ausschluß der Öffentlichkeit hat, steht fest — das ist aber nur ein Grund mehr, diesem Plane entschieden entgegenzutreten.

Das Zentrum hat bei der Ersthauptwahl im oberbayerischen Reichstagswahlkreis Weilheim eine böse Schlappe erlitten. Zwar hat es das Mandat noch mit 74 Stimmen Mehrheit behauptet, es hat aber 427 Stimmen gegen 1912 verloren, die fast sämtlich dem Bauernbündler zufließen.

Dem Todesmarsch von Arys ist einer auf dem Truppenübungsplatz in der Senne bei Paderborn gefolgt. 50 Reservisten brachen dort zusammen und zwei von ihnen sind gestorben. Die Militärverwaltung hat es nicht für nötig befunden, den traurigen Fall vor der Öffentlichkeit darzulegen — man erfährt nicht einmal, ob die schuldigen Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen werden!

Auf dem Balkan dauert das blutige Ringen der ehemaligen Verbündeten an. Der Kampf wird nicht nur gegen Bewaffnete geführt — gegenseitig beschuldigen sich Griechen, Serben und Bulgaren der schrecklichsten Greuel an der wehrlosen Bevölkerung, an Frauen, Greisen und Kindern. Nachdem die Rumänen ohne Widerstand zu finden bis dicht an die bulgarische Hauptstadt heranmarschiert waren, hat Bulgarien ihnen ein größeres Stück seines Gebiets zugesichert. Darauf hat Rumänien den Vormarsch eingestellt und bemüht sich, die Serben und Griechen zum Abschluß eines Waffenstillstandes zu bewegen, dem Friedensverhandlungen in Bukarest folgen sollen. Die Bemühungen sind bis jetzt aber ohne Erfolg geblieben, da Serbien und Griechenland nur dann die Feindseligkeiten einstellen wollen, wenn Bulgarien ihre Friedensbedingungen angenommen hat, das ist Abrüstung und Abtretung der strittigen mazedonischen Gebiete. Ihre Streitkräfte sehen den Vormarsch erfolgreich fort. Zugleich hat die Türkei die Gelegenheit benützt, um über die durch den Sonderfriedensvertrag zwischen ihr und Bulgarien festgesetzte Grenzlinie vorzudringen, das von den Bulgaren preisgegebene Adrianopel wieder zu besetzen, ja in Bulgarien selbst einzufallen. Die hilflose bulgarische Regierung, die alle ihre Truppen gegen die Serben und Griechen braucht, hat die Großmächte aufgerufen, die Türkei zur Umkehr zu bestimmen. Und die Großmächte haben denn auch in Konstantinopel erklärt, daß sie der Türkei nicht gestatten würden, das im Londoner Vertrag abgetretene Gebiet, insbesondere Adrianopel wieder zurückzunehmen. Die Türkei scheint indes zu denken, daß die Großmächte im Verlauf der beiden Balkankriege schon viel erklärt haben, ohne ihren Willen durchsetzen zu können. Der Vormarsch der brennenden und plündernden türkischen Truppen dauert an, und die türkische Regierung verläßt mit Entschiedenheit ihren Entschluß, Adrianopel zu behaupten. Damit ist neuer Zündstoff auf den europäischen Brandherd gehäuft, die Gefahr einer Verwicklung zwischen den Großmächten ist wieder näher gerückt. Rußland droht mit einer Besetzung Armeniens, womit die Frage des Bestandes der asiatischen Türkei ins Rollen käme.

Ein zweites Ungewitter, das dem Weltfrieden gefährlich werden könnte, hat sich im äußersten Osten zusammengebraut. Im Süden Chinas ist ein ernstlicher Aufstand der Südprowinzen gegen die Zentralregierung zu Peking ausgebrochen. Der aufständische Süden wird insgeheim von Japan unterstützt. Die Truppen der Regierung sind zurzeit im Vorteil, doch ist die Entscheidung noch nicht abzusehen. Diesen Zeitpunkt hat Rußland zu einem neuen Vorstoß in der Mongolei benützt. Führt er es ans Ziel, so werden die anderen Großmächte „Kompensationen“ verlangen, und gefährliche Gegensätze tun sich auf.

In Frankreich ist das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit schließlich durchgedrückt worden. Doch ist der tapfere und zähe

Kampf unserer französischen Genossen in der Kammer, der noch zuletzt von einer großen Massendemonstration in einem Pariser Vorort begleitet wurde, nicht umsonst gewesen. Die öffentliche Meinung ist bis in die Tiefe aufgerüttelt worden, und große Scharen sind der sozialistischen Propaganda zugänglich gemacht worden.

Die holländische Sozialdemokratie hat erfreulicherweise den Eintritt in ein liberales Ministerium abgelehnt — drei Ministerposten waren ihr angetragen gewesen.

In Rußland hat die zarische Regierung die zwei Tagesblätter der Sozialdemokratie in Petersburg, „Pravda“ und „Lutsch“, unterdrückt, nachdem die unaufhörliche Verfolgung der beiden Organe durch Polizei und Justiz sie dank der Opferwilligkeit der Genossen nicht zu erdroffeln vermocht hatte. Das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung wird durch diese brutale Gewaltmaßregel nicht verhindert werden. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Schlimme Blüten treibt der Unternehmerterrorismus in den Zwangsinnungen. Sogar der preussische Handelsminister Schdow war gezwungen, im preussischen Abgeordnetenhaus sich mißbilligend darüber zu äußern. Werden doch durch die ungesetzlichen Zwangsmaßnahmen der Innungen selbst Ausbeuter und nicht nur Arbeiter geschädigt. Nunmehr hat der Handelsminister an die Oberpräsidenten und die diesen unterstellten Behörden einen Erlaß gerichtet, worin er nochmals gegen die Methoden der Innungsbrüder Stellung nimmt und das unter Hinweis auf die vielen Klagen über die terroristischen Maßnahmen der Zwangs-korporationen. Der Minister erklärt es für unzulässig, wenn Zwangsinnungen ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen und nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die einen bestimmten Nevers unterzeichnen. Ebenso wenn sie ihren Mitgliedern bei Strafandrohung verbieten, Sonderverträge mit den Arbeitern abzuschließen und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen festsetzen. Beschlüsse, die lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Unternehmern getroffenen Verabredungen zu nötigen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, würden übrigens wider die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang verstoßen. Eine Verpflichtung der Innungsmitglieder, nur bestimmte Gesellen in Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gesellen zu entlassen, sei auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Die Aufsichtsbehörden sollen auf solche wider die guten Sitten verstößenden Maßnahmen achten und entsprechend den ministeriellen Vorschriften verfahren. Ob das geschehen wird, steht auf einem anderen als dem papierernen Blatte des Handelsministeriums. Bisher wurde der Terrorismus der Innungen in weitestgehendem Maße durch die Behörden unterstützt. Gegenüber der verschärften Klassenjustiz und angesichts des systematischen Kampfes gegen die Arbeiterorganisationen sind solche ministeriellen Ermahnungen in den Wind gesprochen. Wir werden dafür bald Beweise erbringen können.

Die Werftarbeiterbewegung hat nicht allein zum Kampfe gegen die Unternehmer, sondern auch zu Konflikten in den Reihen der Organisationen geführt. Ehe nach der Meinung der Organisationsleitungen die Verhandlungen mit den Werkstoffherstellern völlig erschöpft waren, legten die Arbeiter in Hamburg, Stettin, Kiel, Bremen und Flensburg die Arbeit nieder. Die Arbeiter trieb zu ihrem schnellen Schritte die Empörung über das hinhaltende Benehmen der Unternehmer. Diese suchten durch ungenügende Zugeständnisse die Bewegung zu verschleppen. Dazu kam, daß unter der Arbeiterschaft sich die Meldung verbreitete, die Organisationsvorstände hätten die Arbeitsniederlegung beschlossen. Tausende von Werftarbeitern stellten die Arbeit ein. Die Zentralvorstände, unter ihnen besonders der des Metallarbeiterverbandes, verlangen demgegenüber die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen, sie erklären diese Streiks als ohne ihre Zustimmung erfolgt und verweigern die Mittel zu ihrer Unterstützung. Die Arbeiter haben die Verschärfung ihrer Handlungsweise nachzuweisen versucht, sie forderten in Versammlungen die Zentralvorstände auf, ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben, und verlangten die Einberufung außerordentlicher Verbandstage. Die Zentralvorstände beharren jedoch auf ihrem Standpunkt. Die Stettiner Zählstelle des Metallarbeiterverbandes beschloß daraufhin, keine Gelder an die Zentralkasse abzuführen und von den vorhandenen und eingehenden Beträgen die Streikenden zu unterstützen. Die Werftarbeiter sind auf der Suche nach Streikbrechern, sie haben auf Logierschiffen im Hafen bereits Arbeitswillige einquartiert. Der

Erfolg des Kampfes für die Arbeiter ist durch die Zerwürfnisse im eigenen Lager von vornherein sehr in Frage gestellt. Die Lage war sonst für die Arbeiter sehr günstig. Die Werften haben Hochsaison, und die Werftarbeiter sind gut organisiert. Eine außerordentliche Generalversammlung der Schiffszimmerer bewilligte zwar die Arbeitsniederlegung, beschloß aber dennoch, volle Streikunterstützung an die Arbeiter zu zahlen. Nunmehr hat auch der Metallarbeiterverband auf Anfang August nach Berlin eine außerordentliche Generalversammlung berufen, die zu der verwirren Situation Stellung nehmen soll. Damit wird dem Verlangen der Mitglieder entsprochen, die durch eine Generalversammlung des Verbandes entschieden wissen wollen, ob der Vorstand mit der Verweigerung der Streikunterstützung im Rechte ist.

Die Aussperrung der Perlenarbeiter im Fichtelgebirge wurde nach zwölfwöchiger Dauer beendet. Die so elend entlohnten Arbeiter — ihr durchschnittlicher Jahresverdienst beträgt 700 bis 800 Mk. — verlangten eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Nach vielen ergebnislosen Versuchen der Organisationsleitung des Glasarbeiterverbandes sowie eines Regierungsvertreters kamen endlich doch Verhandlungen zustande. Den Arbeitern wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent und eine weitere von 5 Prozent vom 1. Mai nächsten Jahres ab zugestanden.

Der Boykott gegen die Kaffeegesellschaft und Bichorienfabrik von Gebrüder Weich in Frauenthorf bei Stettin brachte den Arbeitern einen Erfolg. Ihre Forderungen wurden zum größten Teil bewilligt. Der Boykott über die Fabrikate des Unternehmens ist aufgehoben. Bevor die Firma sich zum Nachgeben entschloß, wurden bekanntlich die Hingegardisten einen Streikenden meucheln.

Im Malergewerbe macht ein beträchtlicher Teil der Unternehmer unentwegt die Schiedsprüche. Die Malermeister in Rheinland-Westfalen verfahren im Tarifbruch und benutzen alle terroristischen Mittel, um den Gehilfen den vereinbarten Lohn freitrag zu machen. Aber auch anderwärts verweigern Unternehmer die allgemeine Durchführung der Lohnerhöhungen, die den Gehilfen durch Schiedspruch zugestanden worden sind. Die Unparteiischen hatten eine Sitzung des Haupttarifamtes einberufen, die sich mit diesem Verhalten befassen sollte. Allein die Tarifbrecher erschienen einfach nicht. Leider ist die Geschäftslage im Malergewerbe gegenwärtig so schlecht, daß die Arbeiter nicht zum Streik greifen können, um die tarifbrüchigen Unternehmer zur Einhaltung der Vereinbarungen zu zwingen. Dennoch soll den wortbrüchigen Ausbeutern nichts geschenkt werden. Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Wenn Arbeiter sich so treulos erwiesen, so möchten wir einmal hören, wie die Scharfmacherblätter klaffen und nach gesetzlichen Zwangsmaßnahmen schreien würden.

Die nationalpolnische Vergarbeitsorganisation ist finanziell fast gänzlich zusammengebrochen. Bekanntlich leitete sie im Frühjahr dieses Jahres in Oberschlesien eine Bewegung der Vergarbeiter ein, ohne daß sie sich mit den anderen Vergarbeitsorganisationen verständigte und auch nur annähernd genügende Kampfmittel besessen hätte. 75 000 Vergarbeiter wurden von der Leitung der Organisation unter allerlei alibernen Versprechungen in einen gänzlich planlosen Streik geführt. Die sogenannten Führer rechneten kindlicher Weise mit einem Nachgeben der Zechenbesitzer innerhalb vier bis fünf Tagen. Als ihr Traum sich nicht erfüllte, flüchteten jene Strategen aus dem Streikgebiet und überließen die armen genarrten, hungernden Vergleute ihrem Schicksal. Zu Tausenden verlassen nun die polnischen Vergleute die nationale Organisation. Um sie bei der Fahne zu halten, schickte ihnen die Organisationsleitung eine schriftliche Aufforderung, die empfangene Streikunterstützung zurückzahlen, die ihnen nur leihweise gegeben worden sei. Durch die Schuld solle jedoch ein Strich für die gemacht werden, die bei der Organisation bleiben würden. Aber dies Schreckmittel verfängt nicht. Nach den Angaben des Vorstandes hat der Streik die polnische Berufsvereinigung etwa eine Million Mark gekostet, und da das Vermögen nur 895 000 Mk. betrug, so hat die kleine Organisation rund 100 000 Mk. Schulden. Sie wird sich von dem finanziellen und moralischen Schlage, den sie erlitten, nicht wieder erholen, ihre Bedeutungslosigkeit im wirtschaftlichen Kampfe ist damit besiegelt. Offenlich erkennen die polnischen Vergarbeiter aus dieser Sachlage, daß sie ihr Heil nicht auf dem Boden des Klassen-, sondern des Klassenkampfes erringen müssen.

Im Lager der Gelben sieht's gleichfalls sehr bedenklich aus. Auf ihrem letzten Bundestag in Augsburg kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Berliner und der Essener Richtung. Die Berliner forderten eine Erklärung, daß kein

Werkevereinsmitglied wegen seiner Abstimmung bei politischen Wahlen in seinen Verbandsrechten benachteiligt werden dürfe. Der Antrag wurde abgelehnt, und die Berliner wollen sich nun von den anderen Herrschaften trennen. Die Firma Lebus und Frau scheint schon so gute Geschäfte mit der Dummheit gemacht zu haben, daß sie derart auftrumpfen kann. Sonst hat dieser Streit der gelben Brüder keine Bedeutung. Ob sie vereint oder getrennt die Bestrebungen der Klassenbewußten Arbeiter bekämpfen und den Unternehmersold dafür in eine oder zwei Klassen fließen lassen; das bleibt schließlich ganz gleich. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. In Bocholt i. W. sind zurzeit rund 7000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt. Die Führung der Arbeiterschaft in diesem Kampfe hat der christliche Textilarbeiterverband, der gegenwärtig dort 4000 Mitglieder zählt — allerdings sind von ihnen 3000 erst während der Bewegung der christlichen Organisation beigetreten. Der Deutsche Textilarbeiterverband ist mit 130 Mitgliedern beteiligt. In Bocholt sowie im gesamten Münsterland haben die Textilarbeiter in den letzten Jahren wiederholt den Versuch gemacht, ihre Löhne zu verbessern. Aber jedesmal, selbst wenn nur Lohnabzüge abgewehrt werden sollten, antworteten die Unternehmer mit der Aussperrung, und zwar auch ganz unbeteiligter Arbeiter, um die Textilarbeiter am Boden zu halten. Um dieselbe Zeit nun, als die „christliche“ Organisation in Krefeld den kämpfenden Fährern in den Rücken fiel, inszenierte sie die Bewegung in Bocholt. Die Lage war für den christlichen Verband infolge seiner Verräterei in Krefeld brenzlich geworden. Er brauchte notwendig eine eigene größere Bewegung, wenn er nicht alles Ansehen und Vertrauen verlieren wollte, und das nicht nur etwa bei der Arbeiterschaft im allgemeinen, sondern auch bei seinen eigenen Mitgliedern. Nebenbei bemerkt ist der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Mathias Schiffer, auch Reichstagsabgeordneter für Bocholt. Um aus der Krefelder Sadgasse herauszukommen, um das Obium des Streikbruchs wenn auch nicht abzuwaschen, so doch zu verwischen, volligierten die christlichen Führer über die „Encyclica singularis quadam“ hinweg auf das Kampffeld in Bocholt. Die Arbeiter stellten folgende Forderungen: Erhöhung des Lohnes ab 1. Mai um 15 Prozent; generelle Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit mit einheitlichem Arbeitsbeginn, Arbeitschluß und einheitlichen Pausen; einheitliche Entlohnungs- und Berechnungsmethode in den Webereien; wöchentliche Lohnzahlung, die tunlichst in der letzten Hälfte der Woche stattzufinden hat. Die fast ausnahmslos katholischen Arbeitgeber aber ließen ihr „praktisches Christentum“ im hellsten Lichte erstrahlen. Sie lehnten rundweg alle Forderungen ab, so bescheiden und berechtigt diese auch sind. Schrieb doch in seinem letzten Bericht der Gewerbeinspektor für Münster: „Die Löhne der Textilarbeiter haben sich im allgemeinen auf der früheren Höhe gehalten; für einige wenige Arbeitszweige sind geringe Verbesserungen eingetreten. Obgleich der Verdienst der Leute nicht schlecht ist, kann von einer befriedigenden Lebenshaltung der Arbeiter doch nicht gesprochen werden, da die Lebensmittel, insbesondere das Fleisch erheblich im Preise gestiegen sind.“ Dank der Politik der Christlichen ist aber heute kaum zu hoffen, daß die Arbeiter ihre bescheidenen und notwendigen Forderungen durchsetzen. Den Führern des christlichen Verbandes ist vor ihrer eigenen Courage angst geworden. Es ist fast kein Tag vergangen, wo sie das Unternehmertum nicht unmittelbar oder mittelbar um Verhandlungen angefleht hätten. Daß ein solches Bauchrußchen nicht dazu beiträgt, die erhöhten Forderungen durchzudrücken, versteht auch der Dummste. Auf alle Bemühungen zu einem Entgegenkommen auch von dritter Seite — haben die Bocholter Unternehmer nur ein goldenes Nichts in einem silbernen Büchchen gezeigt. Sie antworteten, daß sie bereit seien, die Löhne bis 15. August zu regeln, vorausgesetzt, daß die Arbeit sofort und bedingungslos aufgenommen würde. Auf dieses ganz unbestimmte Versprechen einer „Lohnregulierung“ hin wären die christlichen Führer bereit gewesen, die Arbeiter wieder in die Betriebe hineinzutreiben. Nur sollten die Unternehmer zusagen, daß die am 14. Juli gemachten Zugeständnisse aufrechterhalten würden. Nämlich: einheitliche Entlohnung, bessere Bezahlung der Wartezeit und Überstunden, Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung und des Zehnstundentags. Infolge des unablässigen Wettens der christlichen Führer fühlen sich die Unternehmer aber so sicher, daß sie jede solche Bindung ablehnen. Hätte der christliche Verband den Kampf ruhig und entschlossen geführt, ohne den Gegner fortwährend um Frieden anzuwinseln, so wäre mit Bestimmtheit auch ein Erfolg für die Arbeiter zu erwarten gewesen. Am 20. Juli hatten die Aussperrten über die Fortführung des Kampfes zu entscheiden. Wie

„Der christliche Textilarbeiter“ schreibt, waren ihnen von ihren Führern klar und deutlich die Folgen eines Weiterstreikens vor Augen geführt worden. Trotzdem aber haben sie mit 1920 gegen 54 Stimmen beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Wir sind die ersten, die den Bocholter Textilarbeitern einen vollen Erfolg wünschen. Ein solcher ist aber ausgeschlossen unter der Leitung von Leuten, die noch vor kurzem die größte Energie entfaltet haben, um einen Lohnkampf der Arbeiter zu brechen. Unter solch unzuverlässiger Führung ist auch nicht die geringste Gewähr für einen Sieg vorhanden. Wollen die Bocholter Textilarbeiter aus ihrem Elend heraus, so müssen sie sich der freien Gewerkschaftsbewegung, dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Wenn der Kampf in Bocholt den dortigen Textilarbeitern die Augen darüber öffnet, wer allein ihre Sache ehrlich und entschlossen vertreten kann, so ist der Kampf nicht umsonst gewesen. sk.

**Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.**

Die Junizählung ergab 1295 Arbeitslose, darunter 415 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 1180, im Juni des Vorjahres 635 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 209 arbeitslose Mitglieder, darunter 8 weibliche; im Vormonat waren es 189, im Juni des Vorjahres 170. Im zweiten Quartal 1913 waren 5053 Verbandsmitglieder insgesamt 73 726 Tage arbeitslos, im gleichen Quartal des Vorjahres 3375 Mitglieder 36 994 Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurden in diesem Zeitraum an 2671 Männer für 35 648 Tage 39 423 Mk. und an 924 Frauen für 14 407 Tage 11 625 Mk. ausgezahlt. Für Arbeitslose auf der Reise betrug die Reiseunterstützung 8297 Mk. — Die Junizählung erfaßte 99 Proz. der Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder betrug 87 979 männliche und 55 634 weibliche, zusammen 143 613 Mitglieder. — Die wirtschaftliche Lage in der Textilindustrie hat sich gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres erheblich verschlechtert. Im Vorjahr war die Arbeitslosenziffer 2,43, dieses Jahr aber 3,52. Dabei ist auch die Arbeitslosigkeit für den einzelnen eine längere geworden. Während voriges Jahr auf jeden Fall von Arbeitslosigkeit 10,96 Tage entfielen, so dieses Jahr 14,59 Tage. Erhöhte Arbeitslosenziffer mit längerer Arbeitslosigkeit drückt der Lage der Textilarbeiterschaft den Stempel auf. sk.

**Wahnung.** In der Stadt Aachen sind 19802 Arbeiterinnen gewerblich tätig. Sie verteilen sich nach den letzten Zählungen auf die Hauptindustriezweige wie folgt:

Textilindustrie . . . . .	6964
Nadelindustrie . . . . .	2364
Nahrungsmittelindustrie . . . . .	2403
Bekleidungsindustrie . . . . .	2199
Handelsindustrie . . . . .	2053

Von dieser großen Schaar von Lohnarbeiterinnen ist nur eine sehr geringe Zahl gewerkschaftlich organisiert. So gehören zum Beispiel dem Deutschen Textilarbeiterverband nicht mehr als 118 Frauen und dem Deutschen Metallarbeiterverband bloß 40 an. Die Zahl der Organisierten steht in einem schreckenden Mißverhältnis zu der Zahl der Beschäftigten. Die „Gleichheit“ wird in Aachen in 100 Exemplaren von Frauen gelesen. Während die Männer rund 4000 gewerkschaftlich Organisierte zählen, stehen Tausende ihrer weiblichen Angehörigen der Organisation noch fern. Ja, noch schlimmer: nicht selten kommt es vor, daß die Frauen und Töchter christlichen Organisationen angehören, während der Mann oder Vater freier Gewerkschafter ist. Viele politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die in unserem Lager stehen, tun rein gar nichts, um die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen aufzuklären und zusammenzuschließen. Sie tragen noch ein Stück des alten Spießbürgerzopfes und meinen, die Frauen brauchen sich um das allgemeine Leben nicht zu kümmern. Und das angesichts der Scharen von Arbeiterinnen, die nach den Fabriken und Werkstätten strömen. Wäre ein jeder aufgeklärte Arbeiter der Notwendigkeit der Propaganda unter den Frauen bewußt, so mühten unsere Gewerkschaften bald Hunderte, ja Tausende weiblicher Mitglieder gewinnen. Wären die Textilarbeiterinnen hinlänglich organisiert, sie brauchten sich keine Lohnabhängige von 25 Prozent gefallen zu lassen, wie sie zum Beispiel die Firma Kay und Langstadt ihren Spulerinnen zurzeit zumutet. Unmöglich würden sich dann auch die Aachener Spinnerinnen dazu erniedrigen, in großem Umfang Streikarbeit zu verrichten, wie das leider während des Spinneriausstandes in Berviers der Fall gewesen ist. Die Aachener Spinnerinnen haben dadurch ihre kämpfenden Arbeitsbrüder im nahen Nerviers schwer geschädigt. Dessen waren sich aber die Unorganisierten ebensowenig

wie des Entehrenden ihrer Handlungsweise bewußt. Nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß kann in ihnen das Bewußtsein von der internationalen Solidarität aller Ausgebeuteten geweckt werden. Hätten die Aachener Textilarbeiterinnen den Weg zu ihrer Organisation gefunden, so wären auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Spinnereien nicht so erbärmliche, wie sie heute sind. Daß der Verdienst der Frauen vielfach so gering ist, darf für sie kein Grund sein, der Gewerkschaft fernzubleiben, muß vielmehr gerade ein Ansporn werden, von ihrem Rechte zur Vereinigung Gebrauch zu machen. Mögen alle, die es angeht, Frauen wie Männer, aus den kurzen Darlegungen ihre Folgerungen ziehen. L. K.

**Notizenteil.**

**Dienstbotenfrage.**

**Wie Dienstmädchen behandelt werden.** Anna Heusinger war bei einem Herrn Raitwald in Berlin, Markgrafenstraße 14, seit 1910 in Stellung. Am 12. April dieses Jahres war das Mädchen abends nach 10 Uhr noch in der Küche beschäftigt, als der Herr eintrat und brüllte: „Warum brennt das Licht im Schlafzimmer nicht?“ Die in der Küche anwesende Frau Raitwald antwortete: „Das habe ich ausgemacht!“ Der Herr rief trotz dieser Aufklärung dem Mädchen barsch zu: „Warum antworten Sie nicht?“ Anna erwiderte: „Ich war ja nicht hinten, das Licht hat Ihre Frau ausgemacht!“ Nun schrie Herr Raitwald: „Halten Sie den Mund!“ und schlug dabei das Mädchen ins Gesicht. Als Anna Heusinger erklärte, sie lasse sich nicht schlagen und werde morgen ihre Sachen packen, mischte sich Frau Raitwald in den Streit und sagte: „Sie sind ein ganz freches und irrsinniges Frauenzimmer!“ Das Mädchen blieb natürlich die Antwort nicht schuldig, und nun schlugen Herr und Frau in rührender ehelicher Gemeinschaft auf Anna ein. Diese flüchtete nach ihrem Zimmer, wo sie von den beiden „Gebildeten“ weiter geschlagen und gestoßen wurde, bis sie an der Erde lag und um Hilfe rief. Die „Gnädige“ holte nun einen Topf mit kaltem Wasser und goß das dem Mädchen ins Gesicht und über den Leib. Darauf wurde Anna Heusinger an den Haaren emporgezogen, und es hieß: „Nun vorwärts in die Küche, jetzt wird erst noch abgewaschen!“ Nach einer solchen Behandlung weigerte sich selbstverständlich das Mädchen, für die milde Herrschaft noch weitere Dienste zu verrichten. Darauf machte die Dame Miene, wieder handgreiflich zu werden. Das Mädchen beantwortete dies mit den Worten: „Fassen Sie mich noch einmal an, dann schlage ich Sie mit dem Topf ins Gesicht!“ Die Gnädige ging aber trotz der Warnung zum Angriff über und erhielt dafür den Kopf wirklich ins Gesicht, worauf das Mädchen die Treppe hinunter zur Portiersfrau flüchtete. Bemerkenswert muß werden, daß der Sohn den Eltern zugerufen hatte: „Bedenkt doch, was ihr macht, an dem Mädchen dürft ihr euch nicht vergreifen!“ Die Portiersfrau nahm das Mädchen in Schutz und wurde dafür von Frau Raitwald „alte Klatschhose“ tituliert. Anna Heusinger lief mit aufgelöstem Haar, blutender Nase und in nassen Kleidern zur Polizei. Zu einem Schutzmann, der sie zurückbegleitete, äußerte die Gnädige: „Schade um jeden Schlag, der daneben ging!“ Eine andere, im gleichen Hause wohnende Herrschaft nahm das Mädchen für die Nacht auf, und am nächsten Tage erhielt Anna ihre Sachen und ihren Lohn bis zu dem Tage, wo sie verprügelt worden war. Ins Zeugnis schrieb die Herrschaft: „Treu und ehrlich, ihr Wesen gibt öfters Anlaß, zu klagen.“ Um diese Bemerkung ganz zu würdigen, muß man festhalten, daß das Mädchen seit 1910 bei Raitwalds diente und im vorigen Jahre sein Lohn von 80 auf 100 Taler aufgebessert worden war. Anna Heusinger fuhr zu ihren Eltern, die auf einem Gutshof im Braunschweigischen arbeiten. Vor der Abreise von Berlin hatte sie bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag erstattet. Diese Hüterin des Rechts stellte jedoch das Verfahren wegen „Mangel an Beweisen“ ein. Da Anna Heusinger leider nicht im Hausangeklertenverband organisiert war, wollte sie sich mit dem Bescheid begnügen. Ein in der Landtagitation tätiger Genosse verwies sie jedoch an das Braunschweiger Arbeitersekretariat. Nun wurde die feine Herrschaft noch nachträglich beim Amtsgericht Berlin auf Zahlung von 75 Mk. Lohn für ein Vierteljahr und das übliche Kostgeld verklagt. Daraufhin erklärten sich Raitwalds bereit, 100 Mk. zu zahlen, wenn die Klage zurückgenommen werde. Da das Mädchen nach einigen Wochen Beschäftigung gefunden hatte und somit nicht mehr Lohn für das volle Vierteljahr verlangen konnte, zog es die Klage zurück und erhielt die angebotene Entschädigung. — Die Luft zum Dienen ist Anna

Heufinger ein für allemal vergangen. Sie hat an ihren Erfahrungen mit gnädigen Herrschaften genug. Diese vertreiben sich selbst die Diensthöten und jammern dann beweglich, daß die Mädchen nicht mehr dienen wollen. Zur Behebung der Diensthötennot erwarten bürgerliche Kreise so viel von Hauswirtschaftsschulen. Wären daneben nicht auch Schulen für die Bildung und Erziehung der Herrschaften nötig? St.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

**Niedrige Löhne und grobe Mißstände als Zugabe** finden sich in der Spinnerei von Chr. Dierig in Langenbielau. Das wurde kürzlich in einer Betriebsversammlung festgestellt. Die Spinnerei beschäftigt 50 männliche und 200 weibliche Arbeitskräfte. Das in ihr fabrizierte Garn wird in der Weberei der Firma weiterverarbeitet, so daß diese also die Kosten spart, die sonst beim Absatz der Ware erwachsen. Sie wäre dadurch in der Lage, höhere Löhne als andere Spinnereien der gleichen Art zu zahlen. Trotzdem sind bei der Firma Dierig — wie wir bereits früher hier mitteilten — die Löhne bedeutend niedriger als in anderen Spinnereien, wo die Arbeiter sich fest organisiert haben. Trotz der höheren Löhne konnten aber diese Firmen für das vergangene Jahr 14 bis 30 Prozent Dividende verteilen. Man kann daraus schließen, daß die Spinnerei Dierig für die Besitzer eine wahre Goldgrube ist und daß hier ein Heidengeld aus der Arbeiterschaft herausgepreßt wird. Der spottniedrige Verdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter wird noch bei jedem Anlaß durch hohe Strafen gekürzt, die bis zu einem vollen Tagesverdienst betragen können. Für die Lohnauszahlung steht eine eigentümliche Gepflogenheit im Schwange. Die Lohnberechnung umfaßt die Zeit von Montag früh bis Samstag abend, die Auszahlung des Verdienstes erfolgt jedoch erst Mittwoch oder Donnerstag der folgenden Woche. Als Prämie dafür, daß die Arbeiterschaft das alles hingenommen hat, hat die Firma Dierig die Löhne in der Filzei herabgesetzt. Ob auch in anderen Abteilungen vom großen Verdienst abgebrochen werden soll, das wird davon abhängen, ob die Arbeiterinnen und Arbeiter endlich aufwachen und sich organisieren. Wenn sie etwas auf sich halten und ihre Menschenwürde fühlen, des Wertes ihrer Leistungen sich bewußt sind, so müßten sie ihre Pflicht zur Vereinigung erkennen. Denn auch sonst fordern die Verhältnisse in der Spinnerei die schärfste Kritik heraus. Den Arbeiterinnen wird eine sehr rohe Behandlung zuteil. Besonders der Meister Waibel scheint nie etwas von Knigges Umgang mit Menschen gehört zu haben. Er betitelt die ihm unterstellten Arbeiterinnen als „Schweinebande“, „Sauhande“ usw. Der Meister Waibel sucht auch oft die Aborte der Arbeiterinnen auf, stellt sich dort vor die Frauen hin, die er auslacht oder beschimpft, je nachdem er gerade gelaunt ist. Damit er vom Vorraum der Aborte aus alle hier befindlichen Arbeiterinnen mit einem Blick sehen kann, hat er von allen sechs Klossets die Kiegel entfernt. Darf es bei solchem Verhalten noch wundernehmen, daß der Mann die Arbeiterinnen mit Vorliebe duzt, auch die älteren verheirateten Frauen? Der jugendliche Meister Helmann in der Filzei soll ebenfalls die Arbeiterinnen gern schimpfen. Freilich machen es höhere Beamte nicht besser. Vor einiger Zeit beschwerten sich Andreherrinnen bei dem Direktor Eckert, weil sie zu lange auf Spulen warten mußten und dadurch nichts verdienen konnten. Der Herr ließ sie jedoch gar nicht ausreden, sondern brüllte sie an: „Hinaus, ihr Sauftüde, ihr Schweine!“ Im Arbeitsaal hat der Meister Waibel fast sämtliche Fensterriegel mit Draht umwickeln lassen, so daß sie nicht mehr aufgehen. Die Fenster können mithin nicht geöffnet werden, und in dem Arbeitsraum herrscht eine Atmosphäre, die jeder Beschreibung spottet. Als großer Mißstand wird es ferner empfunden, daß die Arbeiterinnen an Sonnabenden über die zulässige Zeit hinaus im Betrieb festgehalten werden. Statt der gesetzlich festgelegten acht Stunden Arbeitszeit werden es in der Spinnerei bei Dierig oft genug neun Stunden und mehr. Selbstverständlich verlangt die Firma nicht direkt längere Arbeitszeit, jedoch durch ihre Maßnahmen zwingt sie die Arbeiterinnen dazu. Sonnabends sollen sämtliche Maschinen gepußt werden, und da diese erst um 1/4 Uhr stehen bleiben, so haben die Arbeiterinnen bis gut 4 Uhr mit dem Pußen zu tun. Es wird 1/5 und 1/5 Uhr, ehe sie sich dann selbst gewaschen und umgekleidet haben. Schließlich ist der starke Geduldsfaden der Arbeiter und Arbeiterinnen bei Dierig gerissen. Sie sind mit ihren Beschwerden an die Öffentlichkeit getreten. Die Firma hat daraufhin „Kenntnis“ davon genommen und Abhilfe in Aussicht gestellt. Inwieweit sie ihr Versprechen halten wird, das liegt zum guten Teil in den Händen der Arbeiterschaft selbst.

Hält sie zusammen und tritt dem Deutschen Textilarbeiterverband bei, so ist der Tag nicht mehr fern, wo es wenigstens von den am härtesten empfundenen Übelständen heißen wird: sie sind gewesen. J. L.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**I. K. Die sozialistische Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten** soll durch die Arbeit der Nationalen Frauenkomitees der Sozialistischen Partei tatkräftig gefördert werden. Diese Körperschaft hat die Aufmerksamkeit der Partei zunächst auf die folgenden dringlichen Aufgaben gelenkt.

Im Hinblick auf den Stand der Frauenwahlrechtsfrage in der Union muß die Sozialistische Partei bei allen ihren Veranstaltungen zeigen, daß sie die politische Organisation ist, die mit der größten Entschiedenheit für das volle Bürgerrecht aller Frauen eintritt. Die Genossinnen sind verpflichtet, die Aufmerksamkeit der Genossen immer wieder aufs neue auf diese Forderung zu lenken und ihr die Unterstützung der gesamten Partei zu sichern. In den Staaten der Union, wo das Frauenwahlrecht noch nicht besteht und wo Sozialisten den gesetzgebenden Körperschaften angehören, sollen die Vertreter der Partei Anträge für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts einbringen; in den Staaten, wo dem Volke das Recht der Initiative und des Referendums für Verfassungsänderungen zusteht, hat die Partei die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, damit die Forderung des Frauenwahlrechts zur Volksabstimmung kommt. Die sozialistischen Organisationen müssen der politischen und sozialen Erziehung der Frauen die größte Aufmerksamkeit zuwenden, damit die vielen wahlberechtigten Staats- und Gemeinbürgerinnen den richtigen Gebrauch vom Stimmzettel machen. Diese Schulung hat auf dem Boden der Auffassung vom Klassenkampf zu erfolgen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Lohnarbeitenden Frauen und Mädchen ist eifrigst zu fördern. Von den mehr als 5 Millionen weiblicher Erwerbstätiger, die es in den Vereinigten Staaten gibt, sind nur 7 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Das nationale Frauenkomitee schärft den Genossinnen die Pflicht ein, soweit sie einem Beruf nachgehen, ihrer Gewerkschaft sich anzuschließen, jedoch in ihrer Gesamtheit alle Kämpfe zu unterstützen, in denen Arbeiterinnen um bessere Existenzbedingungen ringen und die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiterinnen voranzutreiben. Zum Zwecke der entsprechenden systematischen und einheitlichen Arbeit soll die Partei in allen Industriezentren ein besonderes Komitee einsetzen, dem möglichst Genossinnen angehören sollen, das aber auch aus Genossen bestehen kann. Eine rege Aufklärungs- und Organisationsarbeit ist auch unter den Farmerfrauen zu entfalten, deren Lage kaum besser als die der Lohnarbeiterinnen ist. Man zählt davon in der Union über 6 Millionen, und in 9 Staaten des Westens besitzen diese Frauen das Wahlrecht. Damit die Farmerfrauen von der sozialistischen Agitation erfasst werden, befürwortet das Nationale Frauenkomitee, daß in den Schulhäusern der ländlichen Bezirke Versammlungen abgehalten werden. Im Staate Kansas hat die Partei damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei jeder Agitationstour ließ man der ersten Versammlung in einem Ort binnen kurzem eine zweite folgen, die die Ergebnisse der früheren Veranstaltung befestigte. Das Nationale Frauenkomitee fordert des Weiteren die Genossinnen und Genossen zur fleißigen Werbearbeit unter den Volksschullehrerinnen auf. Diese müssen mit der sozialistischen Literatur bekannt gemacht werden, denn sie beeinflussen in hohem Grade die Entwicklung der proletarischen Jugend. Nach der letzten Volkszählung gab es an den Volksschulen der Vereinigten Staaten 445 687 Lehrkräfte, davon waren 327 208 = 73 Prozent Frauen. In den Staaten, wo den Frauen das Wahlrecht in Schulanlagen zusteht, sollen die Genossinnen und Genossen dafür sorgen, daß die Proletarierinnen in die Wählerlisten eingetragen und zum Verständnis des Bildungswesens erzogen werden.

Der Frauentag soll künftig möglichst an dem gleichen Datum stattfinden wie in Europa. Das Nationale Frauenkomitee hält es für zweckmäßig, daß die organisatorisch tätigen Genossinnen bei Agitationstouren sich wenigstens 2 Tage an einem Ort aufhalten und alle besuchten Orte auf der Rückreise nochmals berühren. Es verspricht sich davon eine nachhaltigere Wirkung der Arbeit und eine engere Fühlung zwischen den Genossinnen und Genossen, die sich der Erweckung und Schulung der Frauen widmen. Von der Verwirklichung dieser Anregungen ist ein kräftiges Fortschreiten der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten zu erwarten.

## Frauenbewegung.

Ein internationaler Frauenkongress in Paris hat kurz vor der Budapester Tagung stattgefunden. Er war von der französischen Sektion des Internationalen Frauenbundes einberufen, einer frauenrechtlerischen Organisation, die nicht mit dem Weltbund für Frauenstimmrecht verwechselt werden darf. Sie faßt international — ähnlich wie der Bund deutscher Frauenvereine — Frauenvereinigungen zusammen, die die verschiedensten Bestrebungen verfolgen. Das Frauenwahlrecht ist also unter den von ihr verfolgten Zielen eines unter vielen. Der Kongress zu Paris tagte vom 2. bis 10. Juni und war überwiegend von Französinen besucht, jedoch waren fast alle dem Frauenbund angeschlossenen Länder durch einige Delegierte vertreten. Er hat sich in erster Linie als eine fleißig und ernst arbeitende Veranstaltung erwiesen. In recht eingehenden Beratungen behandelte er: 1. Die Mitarbeit der Frau in der Armen- und Wohlfahrtspflege. 2. Die Frau in der öffentlichen Gesundheitspflege, zumal im Kampfe gegen die Tuberkulose und den Alkoholismus. 3. Erziehungsfragen, darunter der Kampf gegen die Demoralisation der Jugend durch Schmutz und Schund in Wort und Bild. 4. Rechtsfragen, die zivilrechtliche Stellung der Frau, die elterliche Gewalt, Aufhebung der Ausnahmeregeln zur Sittengesetzgebung usw. 5. Arbeiterinnenfrage, Arbeiterinnenschutz, Kinderschutz, Mindestlöhne. 6. Wissenschaft und Kunst, die Stellung der Frau in den akademischen Berufen. 7. Stimmrecht. 8. Frieden. Wir werden auf diesen Kongress noch zurückkommen.

## Frauenstimmrecht.

**Fortschritte des Frauenwahlrechts in den Vereinigten Staaten.**  
Innerhalb von wenigen Wochen sind zwei bedeutende Errungenschaften zu verzeichnen. Der Staat Illinois hat den Frauen das Präsidentschaftswahlrecht zuerkannt, und ein Komitee des Bundes senats hat ein Amendement zur Konstitution empfohlen, das das allgemeine Frauenstimmrecht einführt. Der Staat Illinois ist der erste östlich des Mississippi, der das Bürgerrecht seiner Frauen anerkannt hat. Er ist ferner der erste Staat der Union, der die Neuerung nicht durch eine Urabstimmung der Bürger einführt, sondern auf dem kürzeren Wege einer geschlichen Bestimmung. In Illinois befinden sich nun die Frauen in der seltsamen Lage, daß sie wohl an den Präsidentschaftswahlen der ganzen Union teilnehmen können, aber nicht an den Wahlen zu den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften im eigenen Staate. Die Fortdauer dieser Beschränkung ist aber nur noch eine Frage der Zeit. Der Zuerkennung des nationalen, des Präsidentschaftswahlrechts an die Frauen in Illinois wird in naher Zukunft unzweifelhaft die Einführung des staatlichen und kommunalen Frauenwahlrechts folgen. Da Illinois ein bedeutender Industriestaat ist und da die weiblichen Massen der arbeitenden Bevölkerung fortan unzweifelhaft von dem neuen Recht Gebrauch machen werden, so ist die Einführung des Frauenwahlrechts dort für die sozialistische Partei von besonderem Interesse. Unsere Genossen und Genossinnen werden in diesem Staate mit verdoppeltem Eifer ihre Propaganda unter den Frauen betreiben. — Daß ein Komitee des Bundes senats die Abänderung der Bundeskonstitution empfohlen hat, ist zwar von keinem unmittelbaren praktischen Erfolg, doch kommt dem Beschluß deshalb Bedeutung zu, weil sich zum erstenmal eine Mehrzahl von Vertretern der Bundesverwaltung zugunsten des Frauenwahlrechts erklärt hat. Die Entscheidung ist eines der vielen Zeichen der Zeit, daß in den Vereinigten Staaten die politische Gleichberechtigung der Frau rasch ihrer Verwirklichung naherrückt. Wie stark die Stimmung zugunsten des Frauenwahlrechts in der ganzen Union gewachsen ist, geht ferner daraus hervor, daß in letzter Zeit — wie kurz berichtet wurde — in sieben Staaten die gesetzgebenden Körperschaften Vorlagen für die Einführung des Frauenwahlrechts angenommen haben. Es sind: Nord- und Süddakota, Nevada, Montana, New York, New Jersey und Pennsylvania. Die Wähler der betreffenden Staaten werden teils in diesem Herbst, teils im kommenden Jahre durch Urabstimmung das entscheidende Wort über die Reform zu sprechen haben.

**Die Potemtschen Dörfer des Frauenrechts in Ungarn,** die den ausländischen Teilnehmerinnen am Internationalen Frauenstimmrechtskongress zu Budapest von den ungarischen Frauenrechtlerinnen in lieblicher Eintracht mit den Behörden vorgeführt worden sind, sind von manchem Streiflicht

befeuchtet worden. So erfährt man unter anderem nachträglich, die tagenden Gläubigen und Ungläubigen aller Nationen hätten es sehr bitter empfunden, daß es ihrem spiritus rector, der amerikanischen Predigerin Anna Shaw wohl gestattet wurde, in der protestantischen Kirche zu Buda „das lautere Wort Gottes“ zu verkündigen, daß ihr aber das Besteigen der Kanzel dabei strengstens verboten war. Die zu dem Verbot gegebene Begründung mußte die politischen Backfische besonders anmuten, die in allen Sprachen verzückt von den Kulturfortschritten in Ungarn schwärmten. Es hieß nämlich, „die Kanzel sei zu heilig für eine Frau!“ So durfte Shaw nur zu ebener Erde unter ihren Anhängerinnen stehend predigen, und die armen frauenrechtlerischen Lämmlein der „einen Herde“, von der Reverend Shaw zu salbadern pflegt, kamen um einen Teil des erwarteten Genusses. Die besonders Hangvolle Stimme der Predigerin soll nämlich nicht voll zur Geltung gekommen sein, als sie in schluchzenden Tönen von „dem fliegenden Mann und der Frau im Ochsenlarren“ sprach. Wer denkt bei diesem Verbot im „fortschrittlichen“ Ungarn nicht an die Toleranz der Kirchenbehörde in Basel, die beim internationalen sozialistischen Kongress die „Umstürzler“ von der Kanzel herab die sozialistische Friedensbotschaft predigen ließ? Abriegen ist der Weibtrauch, mit dem die Frauenrechte die Gestalt „ihrer Predigerin“ umnebelt, ein charakteristisches Anzeichen der inneren Verfassung breiter bürgerlicher Frauenkreise. Frau Shaws Verdienste um die Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten in allen Ehren! Als Predigerin jedoch ist sie geradezu der vollkommenste Typus ganz alltäglicher pfäffischer Veredsamkeit, die ebenso jedem auf die Nerven fallen muß, der von echter Religiosität befeelt ist, wie denen, die nur eine Spur künstlerischen Empfindens haben. Wenn je, so verrät in diesem Falle das Hangvolle Wort und die sorgfältig einstudierte Geste, daß die Kutte noch nicht den Mönch macht. Die Frauenrechtlerinnen stellen sich kein geringes Armutszeugnis aus, indem sie den Schein für das Sein nehmen. Davon zu schweigen, welche geistige Unfreiheit es verrät, wenn die Frau als Predigerin oder Angepredigte in dem Bannkreis irgend einer Kirche hocken bleibt, statt daß sie sich in freier, freier Gesinnung aus jedem solchen Banne löst. a. n.

## Fürsorge für Mutter und Kind.

**Ueber die Mutter- und Säuglingsfürsorge in den Vereinigten Staaten** veröffentlichten wir in Nr. 21 eine Notiz, die wir in der Frauenbeilage mehrerer großen Tageszeitungen gefunden hatten und die unwidersprochen geblieben war. Obgleich wir gewöhnlich ähnlichen Notizen mit einer guten Dosis Misstrauen gegenübersehen, glaubten wir in diesem Falle die gemeldeten Fortschritte unseren Leserinnen mitteilen zu sollen. Leider ist unser guter Glaube nicht berechtigt gewesen. Die Nachricht stimmt nicht, wie uns Genosse Hepner mitteilt, der mit Liebknecht und Webel zusammen im berühmten Hochverratsprozeß die Schönheiten der Klassenjustiz in Deutschland kennen lernte und lange Jahre in den Vereinigten Staaten als Bahnbrecher für den Sozialismus gewirkt hat. Dieser ergaute und verdienstvolle Vorkämpfer des Proletariats, ein vorzüglicher Kenner der Verhältnisse in Nordamerika, schreibt uns:

Werte Genossin! Mit Ihrer Notiz „Die staatliche Unterstützung mittelloser Mütter“ in 23 Staaten der Union — in der Nummer vom 9. Juli — sind Sie einer Mystifikation zum Opfer gefallen wie dasjenige Parteiblatt, dem Sie die Mitteilung entlehnten. In der ganzen Union gibt es keinen Staat, dessen gesetzgebender Körper sich zu der Höhe solcher Anschauung aufschwingen könnte, daß des Staates Verpflichtungen sich auch auf jenes Gebiet erstrecken. Nun gar Pennsylvania, dessen Obergericht bisher alle in anderen Unionsstaaten endlich durchgesetzten kleinen Arbeiterschutzmahregeln für verfassungswidrig erklärt hat. Und die reaktionäre Legislatur von Missouri sollte den mittellosen Frauen Gefangener eine Pension bewilligen!

Die in Frage kommende kleine Notiz soll einfach eine Verpötlung der modernen, seit kurzem so siegreichen Frauenrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten sein und auf ihre „Gefahren“ hinweisen: die nicht ohne Grund von den Reaktionen befürchteten Folgen des allgemeinen Frauenstimmrechts in der Richtung von staatlicher Unterstützung mittelloser Mütter. Die amerikanischen großen Tageszeitungen enthalten nämlich am Schluß des politischen Teils sehr häufig einen humoristisch-satirischen Artikel oder kleine Notizen dieser Art. Amerikafeindliche deutsche Korrespondenten in New York schmuggeln nun solche Beiträge — um die Vereinigten Staaten in gut bürgerlichen Augen lächerlich zu machen — als Berichte von Tatsachen in die deutsche Presse

ein. Ungefähr neun Zehntel dessen, was ich im Feuilleton deutscher Blätter über Amerika finde, gehört zu dieser Kategorie Nachrichten, es sind mißbräuchlich als ernsthafteste Berichte ausgegebene grobschlächlige Humoresken oder Satiren, die, weil sie oft ein Körnchen Wahrheit enthalten, Fernstehenden ohne Schwierigkeit als bare Münze aufgefaßt werden können.

Ich habe mir viele Mühe gegeben, hiervon die Redaktionen einiger Parteiblätter zu überzeugen. Es ist mir das aber leider nicht gelungen. Für die Wahrheit meiner Behauptung habe ich einen Beweis erbracht. Mit einer Einleitung, die diesem meinem Briefe an Sie entsprach, habe ich im Sonntagsblatt der „New Yorker Volkszeitung“ eine Blütenlese solcher Amerikahistorchen veröffentlicht, die ich in angesehenen deutschen Tageszeitungen gefunden hatte, im ganzen 5 bis 6 Spalten. Dadurch, daß unser amerikanisches Hauptorgan diese Amerikageschichten als Beweise dafür abdruckte, daß man in Deutschland über die Vereinigten Staaten vielfach irreführend wird, glaubte ich darauf hinwirken zu können, daß unsere Parteipresse von ähnlichen Notizen frei bliebe. Aber auch dieses Mittel blieb erfolglos. Ich ließ — ein halbes Jahr später — meine New Yorker Volkszeitungsartikel „Die Vereinigten Staaten in der Presse Deutschlands“ — erheblich vermehrt — im Feuilleton der „Schwäbischen Tagwacht“ erscheinen. Allein auch das blieb völlig wirkungslos. Nun passierte es auch der „Gleichheit“, daß sie auf ein Amerikahistorchen hineingefallen ist. Da ich glaube, daß an ihr noch nicht Hopfen und Malz verloren ist, entschlief ich mich, in dieser Sache — wenn auch nicht „mit Vergnügen“ — „die Feder zu ergreifen“ und Sie zu warnen.

Besten Gruß!

Ihr Adolf Hepner.

Wir sprechen Genossen Hepner besten Dank für seine Aufklärung aus, die es den Genossinnen ermöglicht, die Notizen der Tagespresse aus den Vereinigten Staaten kritisch zu lesen und zu würdigen. Voll Neu und Unfertigkeit geloben wir an unserem Teil Besserung: noch größeres Mißtrauen gegen die „Amerikahistorchen“ und eventuell eine Anfrage beim Genossen Hepner.

### Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Als Wohnungspflegerin am Städtischen Wohnungsamt in Charlottenburg wird vom 15. August dieses Jahres an Fräulein Dr. Marie Lüders tätig sein. Sie hat letzten Winter bereits einige Monate beim Wohnungsamt für Charlottenburg gearbeitet und ist in ihrer amtlichen Stellung den männlichen Pflegern koordiniert worden.

Die Mitarbeit der Frauen in städtischen Deputationen fordern die „Verbündeten Frauenvereine von Groß-Berlin“ in einer Eingabe an den Vorstand des Preussischen Städtetags. Sie lautet: „Der Städtetag möge bei den gesetzgebenden Körperschaften Preußens dahin vorstellig werden, daß die hemmenden Schranken beseitigt werden, welche die voll verantwortliche Mitwirkung der Frauen in den städtischen Deputationen hindern.“ Eine Reihe Frauenvereine hatte in dem gleichen Sinne eine Petition an das Preussische Abgeordnetenhaus gerichtet. Die Gemeindefunktion dieses Parlaments beriet im April darüber und beschloß, die Petition der Staatsregierung „zur Berücksichtigung“ zu überweisen.

Die erste öffentliche Steuereinnahmerin in den Vereinigten Staaten ist im Staate Colorado ernannt worden.

### Verschiedenes.

Ada Negri als Vortragende vor italienischen Emigranten in Zürich. Die berühmteste zeitgenössische Dichterin Italiens hat jüngst zum erstenmal das Podium betreten, um ihre Gedichte vorzutragen. Die italienischen Emigranten von Zürich hatten sie darum gebeten, wo Ada Negri sich seit einigen Monaten aufhält. In ihrem Antwortbriefe hatte die Dichterin erklärt, daß sie der Einladung gern Folge leiste, und das um so lieber, weil sie von Arbeitern ausgehe. Sie freue sich darauf, vor Arbeitern zu sprechen, mit denen sie sich immer eins fühle, mit denen sie gemeinsame Schmerzen, gemeinsames Leid verbinde. Zu den Arbeitern fühle sie, das ehemalige Proletarierkind, sich hingezogen, und zu ihnen könne sie ganz mit dem Herzen sprechen.

Eine einzige kurze Notiz im sozialdemokratischen „Volksrecht“ hatte genügt, den Saal des Volkshauses bis in den letzten Winkel zu füllen; viele mußten umkehren, weil nicht ein Stuhlplätzchen mehr übrig geblieben war. Als Ada Negri den Saal betrat, wurde sie mit südländlicher Lebhaftigkeit begrüßt. Kinder hatten mit einem Gestehlplätzchen vorlieb nehmen müssen. Die Dichterin schloß eines davon in ihre Arme und setzte es auf ihren eigenen Stuhl. Das wurde symbolisch erfasst und stürmisch applaudiert. „Die Freundin der Schwachen!“, „Die Helferin der Unterdrückten!“

diese und ähnliche Rosenamen rief man ihr auf Italienisch zu. Ada Negri dankte dafür mit herzlichen Worten: Sie sei zwar schonungsbedürftig, allein Arbeitern ihre Verse von der Liebe, vom Schmerz und von der Brüderlichkeit vorzutragen, das sei ihr eine Freude. Die Arbeiter grüße sie als ihre Freunde und Leidensgenossen, als die Erinnerung an ihre Proletarierjugend. Sie grüße die Wackeren, die im täglichen Kampfe um's Dasein Opfer bringen, sie grüße ihre last- und leidbeladenen Gattinnen, ihre greisen Eltern und ihre zukunftsrohen Kinder. Und während rings die Augen der ergriffenen Zuhörer feucht wurden und aus den Winkeln leises Schluchzen der italienischen Frauen klang, erzählte Ada Negri von der eigenen schweren Jugend: von dem kleinen träumerischen Mädchen, das jeden Mittag seiner in die Fabrik gebannten Mutter die Suppe brachte und sich von der dröhnenden Stätte der Arbeit nicht trennen konnte. Stundenlang habe sie als Kind dem Orchester der Hunderte von Arbeitsinstrumenten gelauscht, als wolle sie deren Rhythmus festhalten für alle Zeit. Die Dichterin dankte herzlich für den Gruß, den ihr das „Volksrecht“ tags vorher geboten habe. Sie freue sich mit den Arbeitern all der schönen Fortschritte, die sie errungen haben und noch weiter erringen werden. Zum Schluß ermahnte Ada Negri ihre Landsleute, ihren so berechtigten Kampf um Menschenrechte und Befreiung würdig und der Kultur ihrer Heimat angemessen auszufechten.

Die Zuhörer weinten und juchzten vor Freude. Wer die Dichterin so sprechen hörte — mit wohlthuender, weicher Stimme —, den überkam die Empfindung, daß ihre Gedichte aus tiefstem Herzen geströmt sind. Er verstand, daß es ihr möglich war, die feinsten Regungen der Seele, phantasievolle Träume, begeisterte Hoffnungen und ängstliche Sorgen des Mutterherzens in klingenden Versen auszudrücken. Aber ihm wird auch klar, daß es die soziale Frage gewesen ist, der Kampf der Unterdrückten, der die Dichterin innerstes Wesen geformt hat. ... Und dann sprach Ada Negri ihre Verse. Manche, die wir schon kennen, und andere, die uns unbekannt waren. Strophen voll hellobernder Begeisterung und jugendlichen Rebellentrotzes wechselten ab mit solchen, aus denen tiefes Mitgefühl klang. Mit leisem Wehen in der Stimme sprach sie das Gedicht „Begräbnis während des Streiks“. Jeder fühlte, daß es ihr tiefer Ernst war mit der Hoffnung, daß aus Zehntausenden von Kämpfenden bald Millionen werden möchten: „Nicht für uns! Für jene heiligen Zeiten unserer Kinder Freudenjahr!“ Im Gedicht „Gassenjunge“ betonte sie besonders

„... Ach sieh', ich möcht' zu ihm heruntersteigen  
Und zieh'n ihn an mein Herz;  
Ich möcht', ihn umarmend, meinen Schmerz,  
Mein Mitleid, meine Traurigkeit ihm zeigen. ...  
Auch mir ist stets das Unglück treu geblieben,  
Ein Dornenreis bin ich gleich dir,  
Die Mutter schaff' auch in der Werkstatt mir,  
Ich kenne jedes Leid ... ich muß dich lieben.“

Laut sprach aus jedem Verse die Wahrheit jenes Wortes der „Tempeste“ (Stürme): „In meinen Adern rollt das Blut, das Blut des Volkskinds heiß und stolz!“ Ein Strauß weißer Rosen, von Kindeshand überreicht, war der Dank der Zuhörerschaft. Ada Negri erwiderte ihm mit einer Zugabe aus dem vierten Bändchen ihrer Gedichte „Dal profondo“ (Aus der Tiefe), das in Deutschland noch nicht bekannt ist. Während die ergriffene Menge sich verließ, feuchteten sich ihre Augen. Die Gegenwart kam ihr zurück; Kampf- und leidbeschwert durch die zerbrochene Ehe, durch vieles andere noch. Dieser Gegenwart war die Dichterin für zwei Stunden entronnen.

Ada Negri als Vortragende vor italienischen Arbeitern, das ist ein ganz anderes Bild, als wir es seit vielen Jahren von ihr ja schon gewöhnt waren. Da hatten wir sie nur noch als elegante Dame oder spielende Mutter im reichen Hause des Großfabrikanten kennen gelernt, da war sie so schmuckbeladen unter ihresgleichen zum Empfang der italienischen Königin in Mailand erschienen, daß die konservative Presse schreiben konnte, unter all den gepuderten Damen sei nur eine einzige Frau gewesen: die Königin. Und bemerkenswerter noch: Ada Negris Gedichte erschienen in den reaktionärsten Blättern Italiens. Nun haben wir mit einem Schläge eine Ada Negri vor uns, die mit der hinreißenden Stimme der Jugendzeit zu uns spricht. Kündet das eine entscheidende Wendung oder eine Gefühlslaune? Wir denken dabei an Marxens wahres Wort über Heine: Die Dichter sind sonderbare Käuze, man muß sie ihre eigenen Wege gehen lassen.

r. a.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Petlin (Gundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von S. O. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.